

liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

3.2017
www.libmag.de
2,90 EURO

**JETZT KOSTENFREI
ABONNIEREN**
(siehe Seite 2)

M|U|T

[grundsätzliche] Bereitschaft, angesichts
zu erwartender Nachteile etwas zu tun, was
man für richtig hält

„WIR BRAUCHEN EINEN MENTALITÄTSWECHSEL“

CHRISTIAN LINDNER UND FRANK THELEN SPRECHEN DARÜBER,
WIE DER STANDORT DEUTSCHLAND ATTRAKTIV BLEIBT

„DER DEMOGRAFISCHE WANDEL LÄSST SICH NICHT WEGDISKUTIEREN“

JOHANNES VOGEL ÜBER DIE NOTWENDIGEN REFORMEN
DER SOZIALVERSICHERUNGEN



„*LIBERAL* BEKENNT
SICH ZU FREIHEIT,
FAIRNESS UND
FORTSCHRITT.“



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber liberal

liberal bittet Freigeister
um ihre Meinung.

liberal ist laut Leserpost ein
„intelligentes und mit spitzer
Feder geschriebenes, exquisites
Magazin“.

liberal wird herausgegeben
von der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit.



BESTELLUNG AN: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit • **liberal**-Aboservice
Postfach 11 64 • 53729 Sankt Augustin
per Fax: 030/69088102 | per E-Mail: service@freiheit.org

Online-Bestellung: <https://shop.freiheit.org/#Liberal/> oder QR-Code scannen



Erscheint 6x im Jahr
Auch als kostenfreie APP

☐ Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§ 28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name _____

Straße Nr. _____

PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

„Europa erwacht endlich wieder“

Schwerpunkt:
Mehr Mut

Die Niederlande haben weiter einen liberalen Premier. Geert Wilders hat eine krachende Niederlage erlitten, die fraglos auch negative Einflüsse auf die nationalistischen Bewegungen in anderen Staaten Europas haben dürfte. Unser wichtigster europäischer Verbündeter Frankreich verfügt zumindest über die berechnete Hoffnung auf einen jungen, vernünftigen Mann an seiner Staatsspitze. Mit nur einem Bruchteil des Wahlapparats seiner Konkurrenten, aber umso mehr Leidenschaft, Mut und Kompetenz hat sich Emmanuel Macron binnen kurzer Zeit zum ernsthaftesten Konkurrenten für Marine Le Pen entwickelt. Gerade Macron ist die personifizierte Hoffnung all jener überzeugten und optimistischen Europäer, die davon ausgehen, dass der jetzt auch offiziell eingeläutete Brexit ein tragischer Unfall der Geschichte bleiben könnte. Und eben keine Blaupause ist für den (zum Glück bereits gescheiterten, weil abgewählten) Nexit oder den befürchteten Frexit. **Rechtzeitig zur 60-Jahres-Feier der Römischen Verträge präsentiert sich die Europäische Union widerstandsfähiger, als noch vor Kurzem zu vermuten stand.** Um nicht missverstanden zu werden: Europa und besonders die EU stehen weiterhin vor gravierenden politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Eurokrise kehrt zurück, dem Süden des Kontinents – allen voran Griechenland – geht es unverändert miserabel, die Bürokratie in Brüssel hat ein Effizienz- und Glaubwürdigkeitsproblem. Aber das Gute: **All diese Herausforderungen sind lösbar. Mit mutiger, liberaler, marktwirtschaftlicher Politik. Mit mutigen Politikern. Und mutigen Bürgern, die sich gegen nationalistische und populistische Irrwege aussprechen und vermehrt für Europa auf die Straßen gehen.** Ob in den Niederlanden, in Frankreich oder in den Vereinigten Staaten unter dem bereits völlig isolierten Twitter- und Fake-News-Präsidenten Donald Trump: **Der Populismus demaskiert sich selbst. Oder um es mit Abraham Lincoln zu sagen: „Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.“**

Auch in Deutschland ist die Demokratie lebendiger denn je: Junge Menschen treten wieder scharenweise in die Parteien ein. Der Bundestagswahlkampf verspricht spannend wie lange nicht zu werden. Bleibt zu hoffen, dass es dann weniger um Personen, mehr um Positionen gehen wird. Deutschlands Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell steht – bei allen Erfolgen – mächtig unter Druck. Die Innovationskraft des Landes leidet, die Infrastruktur verfällt, die Energiewende wird zum Eigentor, die Digitalisierung kommt nicht von der Stelle, Gründer ersticken im Bürokratie- und Steuerwahnsinn. **Was wir brauchen, ist neuer Mut. Unser Heftschwerpunkt spendet viel davon.**



KIRSTIN HÄRTIG,
CHEFREDAKTEURIN



SCHWERPUNKT

MEHR MUT

Während sich in den USA zunehmend Widerstand gegen die Politik von Präsident Donald Trump formiert, ist die politische Stimmung in Deutschland geprägt von gelassener Ruhe. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit ist niedrig wie lange nicht mehr und die meisten Menschen schauen optimistisch in die Zukunft. Das verstellt häufig den Blick für durchaus vorhandene, drängende Probleme des Landes. *liberal* will daher mit dieser Ausgabe Mut machen. Mut machen, die eigene Komfortzone zu verlassen und Dinge entschlossen anzugehen, um sie besser zu machen. Und sich dabei nicht unterkriegen zu lassen. Renommee Experten geben Auskunft, was jetzt in Deutschland zu tun ist und warum wir alle davon profitieren.

ab Seite **8**

10 LEBEN VON DER SUBSTANZ

FDP-Chef Christian Lindner und Hightech-Investor Frank Thelen diskutieren, wie der Staat eine Gründungswelle initiieren kann.
Interview: K. Härtig, F. Flicke

15 SOZIALE BAUSTELLE

In den sozialen Sicherungssystemen gilt es, jetzt die Weichen für die Zukunft zu stellen, fordert Johannes Vogel, FDP-Generalsekretär in NRW.
Interview: Thomas Luther

18 MYTHOS ENERGIEWENDE

Der Umstieg auf regenerative Energien kostet die deutschen Verbraucher Milliarden - das Weltklima wird damit nicht gerettet.
Von Andreas Felsenberg

21 VISIONÄRER LIBERALER

Die Freiheit erstickt an der Gegenrechnung aus Sicherheit und Solidarität. Ein zeitlos gültiger Text
Von Hans D. Barbier

22 SCHULE BESSER MACHEN

Eine Grundschullehrerin aus Bayern verzweifelt häufig am Berufsalltag.
Ein Erfahrungsbericht

26 DIGITALES LERNEN

Für die Schüler am Gymnasium in Würselen ist digitales Lernen schon längst gelebte Wirklichkeit.
Eine Reportage in Bildern

30 ZWISCHENBILANZ

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger verteidigt mit ihrem Buch die Freiheit des Einzelnen.
Interview: Boris Eichler

32 HÜTER DER WAHRHEIT

Die Online-Initiative „Schmalbart“ macht Front gegen gefälschte Nachrichten und Menschenfeindlichkeit im Internet.
Von Stefan Kreitewolf

34 MEHR NEUES WAGEN

Forschungsexperte Thomas Kathöfer fordert mehr Erfindergeist von deutschen Firmen.
Interview: Florian Flicke

37 DER MITTELSTAND MACHT'S

Die Innovationstreiber in der deutschen Wirtschaft sind häufig etablierte Familienunternehmen. Zum Beispiel die Weberei GKD.
Von Florian Flicke

BLICKPUNKTE

40 POLITIK: DIE GALLIER AUS BAYERN

Auch in CSU-Hochburgen ist es möglich, die Wähler mit einer gut gemachten, liberalen Kommunalpolitik zu überzeugen. Ein Besuch vor Ort.
Von Christine Mattauch

44 POLITIK: MISERABLER START

Die Regierung einer bekannten deutschen Stadt kümmert sich bislang wenig um die Belange ganz normaler Bürger - und entfremdet so die Menschen vom Staat und der Politik.
Von Martin Biesel

46 GESELLSCHAFT: EIGENER TAKT

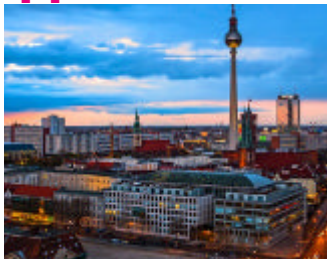
Zwei Musikfestivals in Osteuropa ziehen Zehntausende junge Menschen aus ganz Europa an und zeigen dabei gleichzeitig politische Haltung.
Von David Harnasch

3 Editorial // 6 Kurz notiert // 51 Bücher //
52 Wolfgang Gerhardt // 54 Kolumne

40



44



46



INHALT

03.2017



Seite 30

„Freiheit ist kein Geschenk des Staates. Wer sie einschränken will, braucht ausdrücklich eine Legitimation.“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger



Bilder, Videos oder Texte als Audiodatei – den Lesern der App-Version von *liberal* steht eine Fülle von zusätzlichem multimedialem Material zur Verfügung. Achten Sie auf das Symbol am Ende des Artikels, das diesen zusätzlichen Inhalt anzeigt. Die App in einer iPad- und Android-Version steht im iTunes Store und im Google Play Store kostenlos für Sie zum Download bereit.

liberal • Das Magazin für die Freiheit

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Chefredaktion: Kirstin Härtig

Redaktion: Boris Eichler, Thomas Volkmann, Annett Witte
Adresse: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Telefon 030/22 01 26 34, Fax 030/28 87 78 49
redaktion@libmag.de, www.libmag.de

Gesamtherstellung: planet c GmbH Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

Verlagsgeschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Florian Flicke

Gestaltung: Ernst Merheim, Andrea Goerke (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion),

Projektleitung: Jana Teimann

Anzeigen: Tatjana Moos (Leitung), Georgios Giavanoglou (Media Marketing), 0211/542 27-671, media@planetc.co

Litho: TiMe GmbH

Druck: Evers-Druck GmbH, 25704 Meldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH, www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement: mehr auf Seite 2

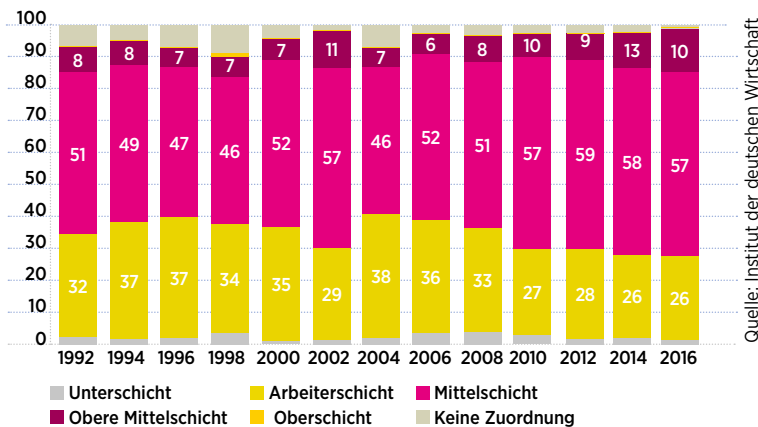
Wer gehört zur Mitte?

Die Mitte schrumpft angeblich. Stimmt nicht, hat nun eine Wissenschaftlerin vom Institut der deutschen Wirtschaft herausgefunden – und dabei auch mit der „Kragenlinie“ aufgeräumt.

Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher und die Mitte immer dünner. So weit das Vorurteil. Mit Fakten beschäftigte sich dagegen jüngst die promovierte Volkswirtin Judith Niehues vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Nach ihrer Analyse zählen 48 Prozent der Bundesbürger zur Mitte im engeren Sinn – „nimmt man die obere und untere Mitte dazu, sind es sogar 80 Prozent“. Wer zur Mitte gehört, entscheidet längst nicht mehr die sogenannte Kragenlinie, die einst Arbeiter von den Angestellten trennte. Fast 70 Prozent der Facharbeiter, Vorarbeiter und Meister gehören zur Mittelschicht. Aus der Mittelschichtsgesellschaft fallen vor allem Arbeitslose heraus. Niehues: „58 Prozent von ihnen sind armutsgefährdet. Damit ist Arbeitslosigkeit das Abstiegs- und Armutsrisiko schlechthin.“

Subjektive Schichteinstufung

Anteil der Befragten in Prozent



„Auch die US-Wirtschaft lebt nicht allein von der Binnennachfrage.“*

Bernhard Mattes, Präsident der American Chamber of Commerce in Germany und Ex-Chef von Ford in Deutschland

* Die USA sind der größte Abnehmer deutscher Exporte. Rund 3.700 deutsche Tochtergesellschaften sichern rund 700.000 Arbeitsplätze in den USA. Umgekehrt beschäftigen etwa 2.200 Firmen mit US-Kapital gut 700.000 Arbeitnehmer hierzulande, hat AmCham Germany errechnet.

7.500 EURO

So viel oder besser wenig müssen deutsche Firmen in die Betreuung, Qualifizierung und den Sprachunterricht investieren, um einen Flüchtling im Unternehmen zu integrieren.

Nach Meinung von The Boston Consulting Group (BCG) ist das ein kleiner Betrag verglichen mit den Kosten bei Nichtintegration. Besonders dort, wo Personalknappheit herrsche, rechneten sich die angefallenen Kosten für Unternehmen nach rund zwölf Monaten oder sogar früher. Zu diesem Ergebnis kommt die BCG-Studie „Integrationskraft Arbeit“, für die Ende 2016 300 unterschiedlich große Unternehmen aus verschiedenen Branchen aus dem „Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ befragt wurden.

Zentrale Erkenntnis: Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg beruflicher Integration ist die individuelle Betreuung durch Paten. Drei von vier befragten Unternehmen sehen die mangelnden Vorkenntnisse der neuen Mitarbeiter als eine zu bewältigende oder geringe Herausforderung an. Größtes Hindernis ist für etwa 40 Prozent die Sprachbarriere. Auch „komplizierte Verfahren“ und „hohe Unsicherheit bezüglich einer möglichen Abschiebung“ sind aus Sicht der Firmen hinderlich für die Beschäftigung von Geflüchteten. „Damit die berufliche Integration von Geflüchteten gelingt, müssen Unternehmen und staatliche Akteure weiterhin handeln“, sagt BCG-Partner Heinrich Rentmeister. Ausbildungs- oder Berufsnachweise fehlen meist. Rentmeister fordert daher beispielsweise ein „standardisiertes und anerkanntes Verfahren zur Feststellung von vorhandenen Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen“.

Komplette Studie:

<http://www.bcg.de/documents/file219791.pdf>

11. „Rede zur Freiheit“ am 29. Mai

Die „Rede zur Freiheit“ gehört zu den großen traditionsträchtigen Veranstaltungen des politischen Berlin. Seit nunmehr elf Jahren lädt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hierzu prominente Denker ein. Veranstaltungsort ist das Allianz Forum am Brandenburger Tor. Im Fokus stehen urliberale Themen wie Menschen- und Bürgerrechte, aber auch internationale Konflikte und Herausforderungen. Zu den Rednern gehörten bisher unter anderem Bundespräsident a. D. Joachim Gauck, der Verfassungsrichter Udo Di Fabio, *Handelsblatt*-Herausgeber Gabor Steingart und der polnische Oppositionspolitiker Ryszard Petru.

In diesem Jahr hat erfreulicherweise Christian Lindner, der Vorsitzende der Freien Demokraten, die Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit angenommen. Die Besucher der Veranstaltung können sich nach der Begrüßung durch den Stiftungsvorsitzenden Dr. Wolfgang Gerhardt vom derzeit besten politischen Redner in der Bundesrepublik inspirieren lassen. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, sich mit den führenden Köpfen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft über die Zukunftsthemen unseres Landes und der Freiheit auszutauschen.

Gedenken an Genscher

Drei Tage vor seinem ersten Todestag am 31. März wurde Hans-Dietrich Genscher im Rahmen eines internationalen Symposiums als Versöhner, Gestalter und Visionär geehrt. Dazu trafen sich im Auswärtigen Amt hochrangige Experten sowie viele seiner Weggefährten. „Genscher steht wie kein anderer für eine kluge Europapolitik“, begründete Außenminister Sigmar Gabriel die Entscheidung, das bisherige Europa-Forum im Auswärtigen Amt am Werderschen Markt in Berlin in Hans-Dietrich-Genscher-Forum umzubenennen. „Er war das liberale Gesicht dieses Landes“, sagte Gabriel weiter, dessen Haus gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung zu dem Symposium eingeladen hatte. Karl-Heinz Paqué, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stiftung für die Freiheit, stellte in seiner Begrüßung fest: „Hans-Dietrich Genscher war ein Verantwortungs- und Versöhnungspolitiker.“ Er habe aber auch gezeigt, dass „Politik manchmal sehr lange Wege gehen muss, um erfolgreich zu sein. Genscher hörte den Bürgern zu, er sagte ihnen aber auch, was sie wissen sollten“, so Paqué weiter.



Im Gespräch: Bundeaußenminister Sigmar Gabriel, Barbara Genscher, Klaus Kinkel, ehemaliger Bundesvorsitzender der FDP, und Karl-Heinz Paqué, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stiftung für die Freiheit (v. l. n. r.)

TERMINVORSCHAU

13. Mai 2017 • Karlsruhe

Karlsruher Verfassungsdialog

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Jürgen Morlok, Michael Theurer (MdEP) und weitere hochkarätige Experten diskutieren über die Herausforderungen des liberalen Verfassungsstaats durch populistische Parteien und Bewegungen.

22. Mai 2017 • Potsdam

Zukunftsideen für Deutschland – Rentensystem und soziale Marktwirtschaft

Wie wird die Altersvorsorge stabil und zukunftsfit? Der ehemalige Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement und Linda Teuteberg, Mitglied im Bundesvorstand der FDP, stellen ihre Ideen für ein faires Rentensystem zur Diskussion.

22. bis 23. Juni 2017 • Nürnberg

Nürnberger Sicherheitstagung

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind angespannt. Steht die internationale Sicherheitspolitik dank Präsident Trump vor einem Kurswechsel? Diskutieren Sie mit unseren Experten!

23. bis 25. Juni 2017 • Gummersbach

Liberalismus-Konferenz

Populismus, Fake-News und Hate-Speech gefährden demokratische Strukturen. Unsere Experten wollen mit Ihnen darüber diskutieren, wie Medien handeln sollten und mit welchen Mitteln die offene Gesellschaft geschützt werden kann.

29. Juni 2017 • Hamburg

Die Zukunft der Welthandelsordnung – Fachkonferenz

Im Vorfeld des G20-Gipfels loten Experten – u. a. Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué – die Chancen und Herausforderungen internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit aus.

Weitere Informationen und Anmeldung unter:
shop.freiheit.org



Schwerpunkt
MEHR MUT

DEN SPRUNG WAGEN



Foto: Klaus Vedfelt/Getty image



Deutschland hat angeblich ein Gerechtigkeitsproblem. Sagt Martin Schulz, der neue 100-Prozent-Mann an der Spitze der deutschen Sozialdemokraten, und schießt aufs Kanzleramt. Die Amtsinhaberin sagt zu all dem nichts – obwohl es so viel zu erwidern gäbe. Sie setzt stattdessen weiter auf das Prinzip ihrer alles sedierenden Raute.

FDP-Chef Christian Lindner dagegen scheut weder das offene Visier noch das kritische Wort. Er hat sich in die „Höhle des Löwen“ getraut zu Investor und Vox-TV-Star Frank Thelen nach Bonn – und dort über die Themen gesprochen, auf die es für Deutschland in den nächsten Jahren wirklich ankommt: neuen Mut, frischen Gründergeist, Innovation und die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Was die Politik zu einer digitalen Runderneuerung Deutschlands beitragen kann, darüber haben die beiden leidenschaftlich debattiert. **Das Interview mit Lindner und Thelen lesen Sie ab Seite 10.**

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels dringend reformiert werden müssen die Sozialsysteme in Deutschland. Johannes Vogel, Arbeits- und Sozialexperte und Generalsekretär der Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen, erläutert **im Interview ab Seite 15**, wie diese Reformen aussehen sollten. Allen voran die Grundsicherung muss verändert werden: Der im Grunde richtige Grundsatz „Fördern und fordern“ ist faktisch abgeschafft. Der Aufschwung am Arbeitsmarkt geht am Großteil der deutschen Langzeitarbeitslosen vorbei. Und über die Jahre entstand ein bürokratisches Monster mit 25 Millionen Bescheid pro Jahr.

Vernichtendes Fazit von Heinrich Alt, von 2002 bis 2015 Mitglied im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit: „Der Versuch des Gesetzgebers, im Sozialgesetzbuch II die Grundsicherung in der Leistungsgewährung zu vereinfachen, verkehrte sich ins Gegenteil.“ **Wie eine marktwirtschaftliche Reform der Grundsicherung gelingen kann, erfahren Sie auf Seite 17.**

Auf den feinen, aber oft milliardenschweren Unterschied zwischen „effektiv“ und „effizient“ kommt es auch bei der Auseinandersetzung mit der Energiewende an. Am 1. April jährte sie sich zum 17. Mal. Doch die Folgen des Gesetzes sind längst nicht mehr witzig: Deutschlands Verbraucher und Industrie ächzen unter den hohen Strompreisen; wenige Anleger streichen Traumrenditen ein. **Und das Weltklima wird dennoch nicht gerettet (siehe Seite 18).**

Innovation beginnt niemals auf der großen politischen Bühne. Sondern im Kleinen. In den Schulen (ab Seite 22) – und in den Laboren und Werkstätten der vielen Tausend kleinen und mittleren Unternehmen hierzulande (ab Seite 34). Diesen Innovatoren des Alltags gebührt Dank für ihren Mut.

**„Wir brauchen
einen Mentalitäts-
wechsel.“**

**„Deal,
Christian!“**

INTERVIEW: KIRSTIN HÄRTIG UND FLORIAN FLICKE • FOTOS: RUDOLF WICHERT

Deutschland und besonders Nordrhein-Westfalen leben nach Meinung von Christian Lindner und Frank Thelen gefährlich von ihrer Substanz. Was der Staat für die neue notwendige Gründungswelle tun oder besser lassen sollte, diskutieren der FDP-Chef und der Hightech-Investor in der „Höhle des Löwen“ in Bonn. →



Herr Thelen, am 12. Februar 2017 dieses Jahres haben Sie als nominierter Vertreter des Landtags von NRW für die FDP an der Wahl des neuen Bundespräsidenten teilgenommen. Hat dieser Ausflug in die Politik Ihnen Lust auf mehr gemacht?

THELEN: Bisher habe ich eher versucht, mich von der Politik fernzuhalten. Denn ich denke, mein Impact in der Wirtschaft ist einfach stärker, um Deutschland fit für die Zukunft zu machen. Nur ist dann Folgendes passiert: Ich habe geglaubt, dass der Brexit nur eine dumme Idee sei. Dann bin ich mit dem Brexit aufgewacht. Danach kam Donald Trump auf die Bühne, ein lustiger Idiot ohne jede Chance, war mein Gedanke. Dann bin ich im November mit dem neuen US-Präsidenten

LINDNER: Die Freien Demokraten wollen keine Problemlöser sein. Im Zentrum steht bei uns die Idee, dass erwachsene Menschen ihren Alltag und ihre Zukunft gern und am besten eigenverantwortlich in Angriff nehmen. Wir glauben an den modernen Menschen, der selbstbestimmt, zupackend, optimistisch und emphatisch agiert. Der braucht weder Stützräder für das Leben noch permanent den erhobenen Zeigefinger. Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und eine weltoffene Gesellschaft – dieses Angebot hat ein Alleinstellungsmerkmal am Politikmarkt in Deutschland.

„Deal“, Herr Thelen?

THELEN: Ja, ich investiere primär in Köpfe und Gründer. Dieses Kriterium erfüllt

LINDNER: Nordrhein-Westfalen hat eine Status-quo-Denke, die jede Neuerung abwürgt. Das Land ist gefesselt. Gefesselt von lächerlicher Bürokratie. Es gibt eine Nullwachstumsdenke. Unser Bundesland verkommt zum industriellen Freilichtmuseum. Und die wichtigste Ressource, der Mensch, wird sehr vernachlässigt im hiesigen Schul- und Hochschulsystem. Die Universitäten selbst, die Labore für die Zukunft sein könnten, werden geführt wie nachgeordnete Behörden der Ministerialbürokratie. Kurzum: Dieses großartige Land Nordrhein-Westfalen lässt alle Chancen fahren. Woanders wird Digitalisierung genutzt. Und hierzulande begnügt man sich mit dem Anspruch, nur nicht schlechter zu sein als der deutsche Durchschnitt. Das ist entschieden zu wenig.

THELEN: Ich komme gerne nochmals auf meinen wichtigsten Punkt zurück: Personen machen den Unterschied. Bis heute hat sich Hannelore Kraft noch nicht bei mir gemeldet, um Möglichkeiten für eine Gründer- und Digitalisierungsoffensive in NRW zu starten. Dabei steht meine Tür jederzeit offen. Was in anderen Bundesländern klappt, in Bayern und selbst in Berlin, geschieht in Nordrhein-Westfalen einfach nicht. Der Dialog zwischen Politik und (Digital-)Wirtschaft stockt.

Gründer beklagen immer wieder den Wust an Bürokratie, der sie fesselt. Sie, Herr Lindner, fordern ein „bürokratiefreies Jahr“? Wie soll das konkret aussehen?

LINDNER: Eigentlich wünsche ich mir generell weniger Bürokratie und Fesseln in Deutschland. Der selbstständige IT-Freelancer wird von der Bundesregierung als „Scheinselbstständiger“ abqualifiziert. Obwohl er eigentlich gerne so arbeitet, wie er arbeitet. Wir haben ein Arbeitszeitgesetz, das Ruhezeiten von elf Stunden vorschreibt. Wir haben eine Hygieneampel in Nordrhein-Westfalen, die jeden Satiregipfel schmückt. Ich könnte hier endlos weitermachen. Unsere Vorstellung ist, das Bürokratiedickicht dauerhaft zu entwirren. Zumindest muss uns das schnell gelingen für all die Firmen, die neu gegründet werden. Das gilt etwa für die Anmeldung des Gewerbes oder die Umsatzsteueranmeldung.

THELEN: Wir brauchen in der Tat mehr Freiheiten und mehr Freigeister. Nehmen Sie den Ort, an dem wir uns heute treffen. Hier war

„Wir wollen das Bürokratiedickicht in Deutschland dauerhaft entwirren.“

Christian Lindner

Trump aufgewacht. Das hat mich sehr bewegt. Und jetzt taucht noch Martin Schulz auf, ein unglaublicher Blender. Die Saarlandwahl hat den Triumphzug von Schulz zum Glück ein wenig eingebremst. Doch man weiß ja nie, ob es womöglich zu Rot-Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen kommt. Das gibt für mich endgültig den Ausschlag, die guten Köpfe, die es leider viel zu wenige gibt in der Politik, mit meinem Netzwerk zu unterstützen. Und zu diesen positiven Ausnahmen zähle ich Christian Lindner.

Was ist anstrengender, Herr Lindner? Einen Wahlkampf zu führen oder eine Firma zu gründen?

LINDNER: Beides sind Herausforderungen, die man mit Leidenschaft angehen kann. Das macht Freude und ist keine Last. Ich war in jüngeren Jahren Gründer und Unternehmer. Heute mache ich das, was mir noch mehr gibt: für meine politischen Grundüberzeugungen kämpfen und möglichst viele Menschen für die Idee der Freiheit begeistern.

Herr Lindner, Sie sind heute bei Frank Thelen in Bonn in der „Höhle der Löwen“ zu Gast. Wie würden Sie ihm Ihre politische Idee im „Elevator Pitch“ schmackhaft machen?

Christian Lindner voll und ganz. Und auch ein zweiter wichtiger Punkt ist erfüllt: Das Produkt stimmt. Auch wenn ich mit der FDP nicht immer einer Meinung bin. Es passt zu 95 Prozent – insofern bin ich dabei.

LINDNER: Das finde ich extrem spannend, wie sehr bei deinen Investments der Mensch zählt ...

THELEN: Ich brauche verlässliche Partner mit Weitblick, nicht nur gute Produkte. Produkte allein bringen mich nicht durch Täler, die immer wieder im Wirtschaftsleben wie im richtigen Leben auftauchen.

LINDNER: Ich erkenne da viele Parallelen zur jüngeren Geschichte der Liberalen. Von 2009 bis 2013 haben wir uns selbst besiegt. Wir hatten parteiintern eine große Unwucht und Unruhe. Niemand wusste, in welche Richtung die Partei steuert. Es gab kein Teamwork. Das ist heute komplett anders. Wir gehen gemeinsam in eine Richtung, halten dadurch aber auch mal kontroverse Debatten aus.

Herr Lindner, Sie wollen laut Wahlprogramm Nordrhein-Westfalen wieder zum „Gründerland Nummer eins“ machen? Was läuft derzeit falsch tief im Westen?

nichts außer einer alten Industriebrache, bis ein innovativer Kopf herkam: Jörg Haas, Softwareunternehmer, Selfmade-Millionär, wagemutig, dem Rheinland verbunden. Mit seinem persönlichen Geld holte er einen ganzen Stadtteil aus dem Dornröschenschlaf. Dank ihm haben wir jetzt auf der rechten Rheinseite gegenüber dem ehemaligen Regierungsviertel ein Start-up-Zentrum. Von Typen wie ihm benötigen wir viel, viel mehr.

Warum dieser Fortschrittszwang? Im internationalen Vergleich geht es Deutschland nun wahrlich nicht schlecht ...

LINDNER: Klarer Einspruch! Nordrhein-Westfalen wäre heute die 19.-größte Volkswirtschaft der Welt, wenn wir ein eigener Staat wären. Als ich vor 17 Jahren erstmals in den Landtag gewählt wurde, lagen wir noch auf Rang 14. Wir werden also aktuell nach hinten durchgereicht. Damit wir uns klar verstehen: Wachstum ist für mich kein Selbstzweck. Ich will wirtschaftliche Dynamik, damit sich die Lebenssituation auch der Menschen in Nordrhein-Westfalen verbessert, die derzeit mit ihrer Lage noch nicht zufrieden sind. Nur wenn sich eine Gesellschaft insgesamt dynamisch entwickelt, besteht die Chance auf mehr Teilhabe. Wachstum ist damit in letzter Konsequenz ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Alles andere wäre nur plumpe Umverteilung, die niemandem nützt.

THELEN: Ich will den Ton bewusst verschärfen. Deutschland muss aufpassen. Wir ruhen uns derzeit zu sehr auf den Lorbeeren der Vergangenheit aus, auf etablierten Branchen wie der Auto- oder der Chemieindustrie - und auf der Infrastruktur der Siebzigerjahre. Doch die Brücken, Straßen oder Hochschulen verfallen zusehends. Die alten Vorzeigebereiche geraten immer mehr in den Wettbewerb - und drohen die Digitalisierung zu verschlafen. Nehmen Sie nur die Automobilbranche. Sie hat derzeit noch keine Antwort auf die doppelte Herausforderung durch E-Mobilität und Digitalisierung. In zehn Jahren wird von ihrer heutigen Größe kaum noch etwas übrig geblieben sein, wenn das Land nicht endlich und schnell handelt. Wir werden zum Entwicklungsland, zum Nokia der Zukunft, das einst den Trend Smartphone komplett verschlafen hatte und heute ein Schattendasein fristet.



Christian Lindner, 38, ist Bundesvorsitzender der FDP und Spitzenkandidat der Freien Demokraten für die anstehende Bundestagswahl. Seit Mai 2012 ist er Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages. Der gebürtige Wuppertaler führt die NRW-FDP zudem als Vorsitzender des Landesverbandes und der Landtagsfraktion in die Landtagswahl Mitte Mai. Um die Jahrtausendwende herum war Lindner auch als Unternehmer aktiv.

Frank Thelen, 41, ist einer von fünf Investoren der VOX-Fernsehsendung „Die Höhle der Löwen“. Der gebürtige Rheinländer gibt jedoch nicht nur im TV den Investor, sondern finanziert und unterstützt als CEO der Risikokapitalfirma e42 technologie- und designgetriebene Jungunternehmer in ihrer Frühphase mit Kapital und Know-how. Seine erste Firma gründete Thelen kurz nach dem Beenden der Realschule.

Was kann der Staat für mehr Gründungen unternehmen?

THELEN: Der Staat muss vor allem eines sein: verlässlich. Das gilt besonders fürs Steuerrecht. Ich muss mich als Investor auf die Gültigkeit von Regeln verlassen können. Gefühlt wackelt die Besteuerungsgrundlage für Hightech-Investoren wöchentlich. Das schafft extreme Unruhe und führt dazu, dass viel Kapital, das eigentlich da wäre, nicht investiert wird. Wenn nur die Steuergrundlagen verlässlicher geregelt wären, bräuchten wir womöglich auch gar nicht über zusätzliche Fördergelder zu sprechen. Es genügt, wenn der Staat die notwendigen Autobahnen und vor allem Datenautobahnen baut, auf denen dann die Menschen und Unternehmen selbst fahren können.

Viele Gründer beklagen, dass sie kein Kapital erhalten würden.

LINDNER: Hochinnovative Firmen, die experimentell unterwegs sind, stoßen in der Tat bei klassischen Banken an Finanzierungsgrenzen. Niemand weiß schließlich, ob die Geschäftsidee jemals fliegt. Deshalb brauchen wir privates Beteiligungskapital, das auch in den USA die dynamischsten und daher auch zugleich riskantesten Geschäftsideen finanziert. Frank hat mit seinem Hinweis auf die schlechten steuerlichen Rahmenbedingungen recht. Dazu kommt, dass wir das Kapital bei Versicherungen, Versorgungswerken oder Pensionskassen zu einem größeren Anteil als bisher auf Fondsbasis in den Hightech-Sektor investieren sollten. Die Gründer profitieren dann vom ver- →

mehrten Angebot an Risikokapital. Und jeder Versicherte und Anleger von den deutlich verbesserten Renditechancen, die dieses Feld bietet.

Die Verlustrisiken sind dort aber auch höher.

THELEN: Es geht ja nicht darum, dass wir 90 oder 100 Prozent des angesparten Geldes als Risikokapital investieren. Es reichen ja fünf oder zehn Prozent, breit gestreut. All das hätte so einen positiven volkswirtschaftlichen Einfluss. Ich verstehe nicht, warum das nicht längst gemacht wurde.

Was sollte der Staat bei der Versorgung mit wirklich breiten Bändern tun? Viele Mittelständler auf der Schwäbischen Alb oder in der Eifel setzen, notgedrungen, noch immer auf ihr altgedientes Faxgerät, um Dokumente zu übermitteln ...

LINDNER: Das Ziel der Bundesregierung, 50-Mbit-Leitungen bis 2018 deutschlandweit zur Verfügung zu stellen, ist regelrecht lächerlich. Wir müssen im nächsten Jahrzehnt Gigabit-Netzgeschwindigkeiten haben. Die Bundesregierung lobt sich für ihre 900 Millionen Euro Fördergelder in diesem Jahr. Das ist aber angesichts eines notwendigen Betrags von 100 Milliarden Euro so gut wie nichts. Das Thema schnelles Internet betrifft nicht nur Firmen. Die Preise für Privathäuser werden in den Regionen fallen, in denen es kein Breitband gibt. Wer etwa im Homeoffice arbeiten möchte, benötigt ultraschnelle Datenleitungen. Aber diese Investitionsoffensive sollte, bitte, nicht staatlich, sondern marktwirtschaftlich gelöst werden. Wettbewerber zur Deutschen Telekom gibt es genug.

Gegenden wie die Eifel dürften kaum einen Wettbewerber reizen ...

LINDNER: Dort brauchen wir öffentliche Förderung, in der Tat. Daher sollte sich der Bund vom restlichen Anteil bei Post und Telekom trennen. Der Verkaufserlös ergibt einen zweistelligen Milliardenbetrag. Und mit diesem Geld fördern wir dann den Glasfaserausbau in den Regionen Deutschlands, in denen marktwirtschaftliche Lösungen nicht greifen. Also vor allem im ländlichen Raum. Wir wollen auf keinen Fall entvölkerte Landstriche und eine noch stärkere Zentralisierung. Ohnehin gibt es ja jetzt schon einen Zustrom in die Städte. Den sollte der Staat nicht noch verstärken, indem er die ländlichen Räume von den modernen Datenleitungen abkappet.

Wir haben viel über den bevormundenden Staat gesprochen, wenig über die Bürger selbst. Warum ziehen Studien zufolge denn immer mehr junge Menschen die Karriere in der von Frank Thelen so bezeichneten „Corporate Hell“ der eigenen Unternehmung vor?

LINDNER: Ein Problem ist sicher unser Bildungssystem. Ich wünsche mir, dass künftig jede Schule neben dem bewährten Stoff auch Wirtschafts- und Digitalkompetenz vermittelt. Jeder Schulabsolvent sollte nicht nur Gedichte interpretieren, sondern zum Beispiel auch einen Mietvertrag verstehen können.

THELEN: Warum haben wir nicht den Mut, Softwareentwicklung, also das ganz simple Programmieren, zum Pflichtfach in deutschen Schulen zu machen? So wie Physik oder Chemie? Die nächsten zehn Jahre werden ein „Krieg“ da draußen werden. Stich-

schaft etwas gewagt haben und jeden Tag aufs Neue wagen. Leute, die anderen Mut auf diese Weise machen.

Warum wird das Scheitern hierzulande immer noch als dauerhafter Makel, allzu selten aber als zweite Chance interpretiert? Sie beide haben selbst jeweils in jungen Jahren eine Pleite erlebt.

LINDNER: Wir brauchen einen Mentalitätswechsel. Weg von der deutschen Neid- und Hämekultur hin zur Anerkennung für Leistungen. Neidisch, hämisch, fortschrittsfeindlich zu sein - das macht ein Land nicht stark. Und die Zahl derjenigen, die das auch so sehen, wächst zusehends. Hier entsteht gerade eine echte Gegenbewegung der Optimisten.

THELEN: Das Stigma des Scheiterns muss weg. Wir sollten viel offener mit dem Thema Niederlagen umgehen und vielmehr den Mut belohnen. Gleichwohl geht es nicht darum, das Scheitern an sich zu feiern. Das wird mit-

„Die Kompetenz der Lehrer muss sich im IT-Bereich dringend verbessern.“

Frank Thelen

worte sind Blockchain, 3D-Druck oder künstliche Intelligenz. Da müssen wir uns schnellstmöglich fit machen für diese Phase.

LINDNER: Richtig. Und die Kompetenz der Lehrer muss sich im IT-Bereich dringend verbessern. Zweitens müssen die Schulen mit WLAN, Breitband und moderner Hardware ausgestattet werden. Drittens benötigen wir finanzielle Unterstützung für jene über-schaubare Zahl an Schülern, die sich aus ökonomischen Gründen kein eigenes Smartphone oder Tablet leisten können.

Haben also wieder nur die Schulen und die Lehrer Schuld?

LINDNER: Nein, auch der Einzelne sollte mehr Mut an den Tag legen. Wir benötigen mehr Hochschulabgänger, die die Selbstständigkeit nicht scheuen. Heute strebt noch jeder dritte Hochschulabsolvent in den öffentlichen Dienst. Da brauchen wir sozusagen ein Update im Denken. Wir brauchen Leute wie Frank Thelen, auch als Dozenten in den Hochschulen. Leute, die aus Leiden-

unter auch etwas falsch dargestellt. Was wir zudem brauchen, sind Geduld und Ausdauer. Ein Silicon Valley, das wir ja alle bewundern, ist auch nicht über Nacht entstanden. Sondern ganz langsam, über Jahrzehnte gewachsen. Insofern brauchen wir auch hierzulande Geduld. In Deutschland ist es noch nicht gelungen - außer im Fall Zalando -, echte Milliardendigitalunternehmen hervorzubringen, die die Volkswirtschaft wirklich voranbringen. Da sind uns die USA mit Apple, Amazon, Google, Facebook oder jetzt Snapchat um Längen und Jahre voraus.

Herr Lindner, wenn Sie nach der Landtagswahl im Mai direkt eine Sache in NRW ändern könnten, was wäre das?

LINDNER: Wenn ich eine einzige Sache über Nacht ändern könnte, wäre es die Befreiung der Hochschulen von ihren Fesseln. Da waren wir einst mit dem „Hochschulfreiheitsgesetz“ schon einmal weit vorangekommen. An den Hochschulen ruht noch so viel unternehmerisches Potenzial, das sich heben lässt. ●



„Wir müssen die Sozialsysteme zukunftsfest machen“

Die Große Koalition hat in der laufenden Legislaturperiode großzügige Rentengeschenke verteilt. Dazu gehören die Mütterrente ebenso wie die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren. „Die Effekte des auf 67 Jahre heraufgesetzten Renteneintrittsalters sind damit wieder aufgezehrt worden“, kritisiert Johannes Vogel, Generalsekretär der Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen und Experte für Arbeit und Soziales im Bundesvorstand der FDP. Vogel fürchtet weitere teure Geschenke im Zuge der Bundestagswahl, die zu Lasten kommender Generationen gehen werden. So will zum Beispiel SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz älteren Arbeitnehmern, die ihre Stelle verlieren, deutlich länger Arbeitslosengeld zahlen als bisher.

Viele Ökonomen warnen, dass damit falsche Anreize gesetzt werden. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, prognostiziert sogar, dass viele ältere Arbeitslose durch eine längere Förderdauer faktisch nie mehr eine Stelle finden werden. Statt weniger Langzeitarbeitslose könnte es dann schon bald mehr geben. Für Vogel ein inakzeptabler Zustand. Er fordert ein Ende der fruchtlosen Debatten um Grundeinkommen, Bürgerrente und Einheitskrankenversicherung. Stattdessen sind mutige und beherzte Reformen gefragt, um die verkrusteten Strukturen am Arbeitsmarkt aufzubrechen und die Sozialsysteme zukunftsfest zu machen und an die digitalisierte Arbeitswelt anzupassen.

INTERVIEW: THOMAS LUTHER

Herr Vogel, der demografische Wandel stellt die sozialen Systeme in Deutschland vor große Herausforderungen. In den kommenden Jahrzehnten werden – trotz Zuwanderung – immer weniger Arbeitnehmer eine größere Zahl an Rentnern finanzieren müssen. Gleichzeitig fehlen Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Was muss sich ändern?

VOGEL: Ich denke, eine ganze Menge. Zunächst wird der Arbeitsmarkt von drei Megatrends geprägt. Der demografische Wandel ist einer davon. Daraus ergibt sich unweigerlich Anpassungsbedarf in der Rentenversicherung. Darüber wird zwar schon seit Jahren diskutiert, aber die Große Koalition hat hier zentrale Reformen rückabgewickelt – unter anderem auch deshalb, weil die Rentenkassen derzeit noch gut gefüllt sind. Das verstellt den Blick für den notwendigen Umbruch. Das wird sich unweigerlich ändern, wenn in den 2020er-Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Der



Johannes Vogel ist Generalsekretär der Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes. Von 2009 bis 2013 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

zweite Megatrend ist die Internationalisierung beziehungsweise Globalisierung des Arbeitsmarktes. Dadurch kommt es verstärkt zu Wanderbewegungen und einem Wettbewerb um Talente – das spüren wir schon jetzt in Deutschland. Deshalb brauchen wir endlich ein Einwanderungsgesetz. Und drittens die Digitalisierung. Wir werden in Zukunft eine Arbeitswelt mit Jobs und Beschäftigungsformen haben, die wir uns heute noch gar nicht ganz vorstellen können. Die Menschen können sich mehr und mehr aussuchen, von wo und wann sie arbeiten wollen. An diese Flexibilität müssen die Sozialsysteme angepasst werden. In Deutschland gibt es jedoch keine zukunftsorientierte Debatte darüber, auch wegen der guten Situation am Arbeitsmarkt. Die SPD zum Beispiel will lieber die Agenda 2010 zurückdrehen als sich Gedanken dazu zu machen, wie die Sozialsysteme fit für die Zukunft gemacht werden können. →

Wo genau gibt es Ihrer Auffassung nach dringenden Anpassungsbedarf in der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland?

Die Menschen werden erfreulicherweise immer älter. Dadurch verschiebt sich langfristig das Verhältnis zwischen Alten und Jungen. Es rücken aber nicht genug Arbeitnehmer nach, die mit ihren Beiträgen die größer werdende Rentnerbasis finanzieren. Die Rentenpolitik der Großen Koalition ist aber in genau die andere Richtung gegangen. Der ehemalige SPD-Arbeitsminister Franz Müntefering hat dazu gesagt: „Man muss kein Mathematiker sein, da reicht Volksschule Sauerland, um zu wissen: Das kann nicht funktionieren.“ Der demografische Wandel lässt sich nicht

grafie-Dämpfungsfaktoren auch wirken lassen. Zudem muss die Altersvorsorge mehr wie ein Baukastensystem funktionieren und kompatibel gemacht werden zu den veränderten Lebensmodellen. Die Menschen müssen zwischen Arbeitgebern und Beschäftigungsformen wechseln können, ohne etwa ihre Riester-Förderung zu verlieren. Deshalb muss hier künftig jeder gleich gefördert werden, egal ob angestellt oder selbstständig. Auf moderne Erwerbsbiografien ist die Sozialpolitik im aktuellen Bundestag nicht eingestellt.

Nur das zu ändern wird aber nicht reichen.

Das ist richtig. Wir müssen weg davon, dass Politiker entscheiden, wann die Menschen in Rente gehen. Das sollte jeder für sich selbst

Angesichts eines weiter sinkenden Renten-niveaus wird sich Altersarmut damit nicht verhindern lassen. Was wollen Sie tun?

Um der Altersarmut vorzubeugen, muss eine Grundsicherung aufgebaut werden, bei der gilt: Jeder, der sich anstrengt und vorsorgt, muss mehr haben als die Grundsicherung und mehr als derjenige, der das nicht getan hat. Jetzt ist es ja so, dass es keinen Unterschied macht, ob jemand etwas für sein Alter angespart hat oder nicht. Denn eventuell vorhandene Vermögen werden angerechnet. Es lohnt sich also für Menschen mit geringem Einkommen nicht, etwas für die eigene Altersvorsorge anzusparen. Damit wird ein fatales Signal gesetzt.

Es drohen aber auch Beitragssprünge in der privaten und gesetzlichen Krankenversicherung. Wie lässt sich das verhindern?

Ich denke, wir müssen akzeptieren, dass wir als Gesellschaft und individuell schrittweise einen größeren Teil unseres Einkommens in die Gesundheitsvorsorge stecken. Der medizinische Fortschritt geht weiter, und jeder Bürger will im Krankheitsfall die bestmögliche Versorgung haben. Das ist nicht zu konstanten Kosten möglich. Dazu kommt auch hier der demografische Wandel. Um den Kostenanstieg, der aus beiden Entwicklungen resultiert, in Grenzen zu halten, müssen wir Effizienzreserven heben – das geht vor allem durch mehr Wettbewerb unter den gesetzlichen Krankenkassen, aber auch durch das parallele System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Die Konkurrenz unter den gesetzlichen Kassen um die Zusatzbeiträge hat ja erfreulicherweise zu dem Phänomen geführt, dass es endlich echten Wettbewerb gibt. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Wirtschaft läuft vergleichsweise gut, viele Unternehmen klagen über Schwierigkeiten, Stellen zu besetzen. Dennoch verharrt die Zahl der Arbeitslosen bei rund 2,7 Millionen. Häufig sind das Langzeitarbeitslose. Was kann getan werden, um diese Menschen in Arbeit zu bringen?

Zwei Dinge: Erstens muss mehr als bisher auf abschlussorientierte Qualifizierung geachtet werden, als dass Arbeitslose irgendwelche nutzlosen Maßnahmen machen. Denn wer

„Wir müssen weg davon, dass der Staat entscheidet, wann die Menschen in Rente gehen.“

wegdiskutieren. Und wenn die jetzige Arbeitsministerin Andrea Nahles ihr „Rentenkonzept“ durchsetzt, wird der Beitragssatz zur Rentenversicherung auf 25 Prozent steigen. Ich wundere mich, dass sich da kein Widerstand regt. Wie sollen die Jüngeren und gerade Geringverdiener das bezahlen? Und gleichzeitig müssen sie auch noch verstärkt privat für ihr Alter vorsorgen.

Nehmen wir an, Sie wären Bundesarbeitsminister. Welche Reformen würden Sie in der Rentenversicherung anschieben?

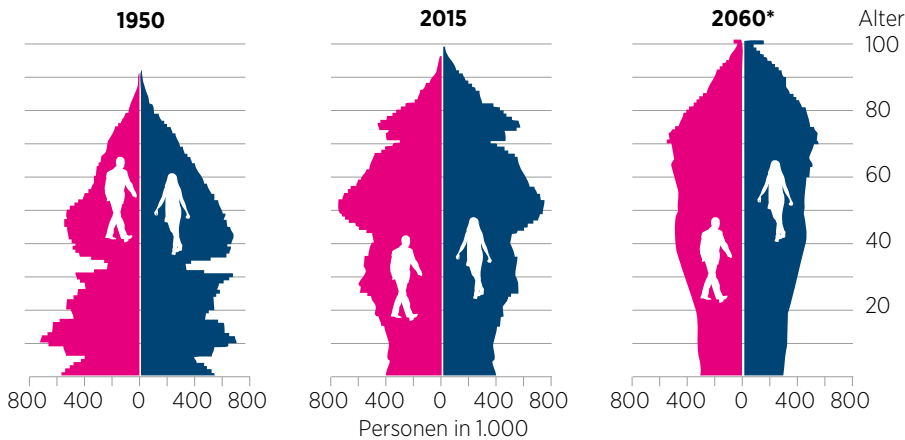
Zunächst muss die private, kapitalgedeckte Vorsorge gestärkt werden. Denn der Generationenvertrag, bei dem die Jungen mit ihren Beiträgen die Renten der Alten finanzieren, wird allein nicht mehr funktionieren. Dabei müssen für die private Vorsorge bessere und verbraucherfreundlichere Produkte her, die transparent und leicht zu verstehen sind. Außerdem sollte die Möglichkeit verbessert werden, auch in Aktien und Infrastruktur zu investieren. Im Gegenzug müssen wir in der gesetzlichen Rentenversicherung die Demo-

entscheiden können. Die Schweden machen das erfolgreich vor. Wer früher geht, bekommt dann weniger Rente, und wer länger arbeitet, entsprechend mehr. Wer nach dem Renteneintritt noch arbeiten will, sollte das ohne Hinzuverdienstgrenzen tun können.

Ein Problem ist aber doch, dass viele Menschen gar nicht so genau wissen, mit wie viel Rente sie im Alter rechnen können.

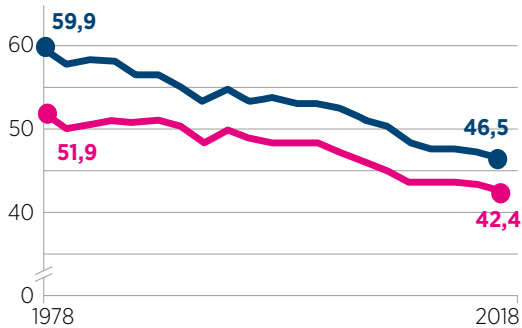
Das sehe ich genauso. Aus dieser Unsicherheit heraus tun viele Menschen dann entweder kaum etwas für ihre Altersvorsorge, oder sie fürchten, im Alter zu verarmen. Daher müssen die Vorsorgeleistungen, die ein Bürger bereits angesammelt hat, transparenter gemacht werden – zum Beispiel mit einem Vorsorgekonto, wie es in Dänemark eingeführt wurde. Darin sind alle Anwartschaften – egal ob privat oder staatlich – aufgelistet. Jeder Bürger kann sein Konto jederzeit elektronisch abfragen. So kann er abschätzen, mit welchem Einkommen er im Alter rechnen kann, und der Gedanke eines Baukastensystems wird auch eingängiger.

ALTERSSTRUKTUR DER BEVÖLKERUNG IN DEUTSCHLAND

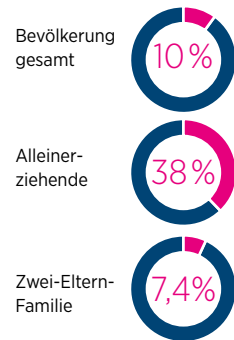


* Ergebnis der 13. koordinierten Bevölkerungsberechnung

ENTWICKLUNG DES RENTENNIVEAUS in Prozent des Einkommens eines Durchschnittsverdieners, Deutschland 1978 – 2018



BEZUG VON LEISTUNGEN DER GRUNDSICHERUNG in Deutschland 2015



Gutachten zum Reformbedarf der Grundsicherung

Gut zehn Jahre nach Einführung sind die Erfahrungen mit der Grundsicherung ernüchternd. Das eigentlich als Vereinfachung gedachte Instrument ist zu einem bürokratischen Monster geworden: 25 Millionen Bescheide pro Jahr, manche umfassen 200 Seiten. Gleichzeitig haben sich die beschäftigungsfördernden Erwartungen nicht erfüllt. Von Ende 2012 bis Ende 2015 ging die Zahl der Transferempfänger nur um 1,8 Prozent zurück. Im gleichen Zeitraum wurden über zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die Zahl der Langzeitbezieher und der Langzeitarbeitslosen stagniert auf hohem Niveau. Im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat daher Heinrich Alt, Arbeitsmarktexperte und langjähriger Praktiker im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, Reformvorschläge formuliert. Seine wichtigste Erkenntnis: Nicht die Investition in die Arbeitslosigkeit, sondern die Investition in die Zukunft der Beschäftigung ist es, was den Betroffenen wirklich hilft.

Die komplette Studie steht zum Download bereit unter: <http://tlp.de/sz36>



keinen qualifizierten Abschluss hat, hat es erfahrungsgemäß schwer, wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen. Die Instrumente dafür sind da, sie müssen nur weiterentwickelt und unbürokratischer werden. Auf keinen Fall sollte es eine längere Bezugsfristen von Arbeitslosengeld I geben, denn dadurch werden nur wertvolle Zeit und Geld vergeudet - zulasten der Betroffenen.

Und der zweite Punkt?

Es muss an den Hinzuverdienstgrenzen beim Arbeitslosengeld II gearbeitet werden. Wer heute langzeitarbeitslos ist, kommt hier oft nur schrittweise raus. Erst eine Helfertätigkeit als Aushilfe im Minijob, dann stockt der Chef vielleicht die Stunden auf, wenn man sich gut macht, dann geht es weiter. Heute werden den Menschen dabei Steine in den Weg gelegt, da jeder zusätzliche Euro zu 80 Prozent angerechnet wird. Mit klügeren Anrechnungsmechanismen würden Anreize gesetzt, um diese Menschen Schritt für Schritt wieder zurück in den Arbeitsmarkt zu bringen. Wir müssen hier endlich eine trittfeste Leiter in die finanzielle Selbstständigkeit bauen.

Würde dabei eine soziale Grundsicherung helfen?

Das jetzige System muss entbürokratisiert und die Eigeninitiative gestärkt werden. Wir nennen es Bürgergeld. Mit diesem gäbe es ein System der Solidarität und sozialen Hilfe, in dem die Menschen, die unverschuldet in eine soziale Notlage geraten, würdevoll behandelt werden. Behörden und Zuständigkeiten werden zusammengezogen und die Leistungen in einer Hand zusammengefasst. Die Menschen müssen nicht von Amt zu Amt rennen, es gibt weniger Bescheide, mehr Transparenz und damit auch mehr Fairness. Dadurch haben die Bürger mehr Vertrauen in das System. Wir wollen bei der Grundsicherung im Alter zudem die Auszahlung und Beantragung für Rentner unter dem Dach der Rentenversicherung zusammenführen. Gerade für ältere Menschen sinkt so die Hemmschwelle, Ansprüche anzumelden und Leistungen anzunehmen, weil ihnen nicht mehr das Gefühl gegeben wird, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Auf dieses Zielbild müssen wir hinarbeiten.

Die fünf gängigsten Mythen rund um die Energiewende

Effektiv ist langst nicht effizient



Die beiden Worte klingen sehr ähnlich: „effektiv“ und „effizient“. Aber sie bedeuten nicht dasselbe. Mit dem feinen Unterschied wird gerne Politik gemacht – und der Bürger verdimmt. Effektiv ist eine Maßnahme, wenn sie das definierte Ziel erreicht. Wer seinen Küchenfußboden mit der Zahnbürste säubert, wird die Arbeit irgendwann erledigt haben. Die Zahnbürste ist also dafür ein effektives Instrument. Doch effizient ist ihr Einsatz dabei nicht. Da sind Besen oder Wischmop weit bessere Hilfsmittel.

Beispiele für das Auseinanderklaffen von Effektivität und Effizienz lieferte die deutsche Politik schon immer. Doch nie zuvor taten sich zwischen den beiden Subjekiven so große und so teure Krater auf wie im Fall der Energiewende. Was die Energiewende die Steuerbürger und Stromzahler unter dem Strich kosten wird, weiß niemand genau. Ex-Umweltminister und Nun-Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) hatte die Gesamtkosten des Umstiegs von fossilen auf erneuerbare Energieträger einst auf bis zu eine Billion Euro geschätzt. Das von Rot-Grün initiierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) führte zur hunderttausendfachen Installation von Solarmodulen an allen unmöglichen Stellen und zu Windrädern auch dort,

wo sich die Luft nur selten bewegt. Ist das noch effizient? Wohl kaum. Immerhin: Das EEG ist effektiv. Der Anteil von Sonne- und Windstrom hierzulande steigt von Jahr zu Jahr, die Abhängigkeit von Energieimporten sinkt. Aber: Für die in Deutschland denkbar teuerste Erzeugung aus erneuerbaren Quellen – die Solarenergie im nördlichen Schattenland – wurde die höchste Förderung spendiert. Etwa die Hälfte der EEG-Umlage fließt in die Solarenergie, obwohl sie nur 20 Prozent des erneuerbaren Stroms liefert. Die Bundesregierung packt so den Bürgern Lasten in dreistelliger Milliardenhöhe auf die Stromrechnung. Die Wirtschaft ächzt darunter. Und das Weltklima profitiert – kaum. Grund dafür ist das Phänomen „Carbon Leakage“: Die einseitige Belastung der energieintensiven europäischen und vor allem deutschen Industrie führt zu Erhöhungen der Emissionen in fernen Ländern, in denen keine vergleichbaren Klimaschutzkosten anfallen.

Die fünf gängigsten Klischees und ihre politische Wirklichkeit zeigen, dass es so nicht weiterlaufen kann mit dem deutschen Energiesonderweg. Wohl gemerkt: Es geht nicht darum, den Klimawandel zu stoppen oder gar zu leugnen. Sondern ihm ökonomisch und ökologisch klüger zu begegnen.

TEXT: ANDREAS FELSENBURG

MYTHOS 1: DAS DEUTSCHE ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZ (EEG) RETTET DAS WELTKLIMA

Am deutschen Energiewesen kann und wird das Weltklima nicht genesen. Auf dieses Fazit lässt sich die Studie „Die Ineffektivität der deutschen Klimaschutzpolitik“ bringen, die der renommierte Energieexperte Professor Dr. Manuel Frondel vom Essener RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und von der Ruhr-Universität Bochum exklusiv im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erstellt hat. Darin stellt Frondel schonungslos fest: Die Subventionierung bei der Verbreitung alternativer Energietechnologien, wie sie Deutschland betreibt, „ist nahezu wirkungslos, solange es kein globales Abkommen gibt, mit dem der Ausstoß an Treibhausgasemissionen auf internationaler Ebene gesenkt werden kann“. Auch das Pariser Abkommen von Ende 2016, das als großer Durchbruch für die Klimarettung gefeiert wurde, löst das Problem nicht. Frondel kritisiert ein „wenig überschaubares System an

unkoordinierten Minderungszusagen einzelner Staaten, mit deren Nichteinhaltung keinerlei Sanktionen verbunden sind“. Mit dieser Kritik ist Frondel längst nicht allein.

Der Ulmer Professor Dr. Franz Josef Radermacher, einer der bekanntesten Klimaexperten hierzulande, meint: „Das Pariser Klimaabkommen wird vollkommen überschätzt.“ Wer wird denn eigentlich zur Verantwortung gezogen, wenn das vage beschlossene Zwei-Grad-Erwärmungsziel verfehlt wird? Die USA, China, Deutschland?

Bis zum Jahr 2030 wollen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ihre Treibhausgase um 40 Prozent senken. Deutschland und vor allem Nordrhein-Westfalen haben sich höhere Ziele gesetzt und wollen diese bereits im Jahr 2020 erreichen. Dieser Sonderweg führt allerdings nur ins industriepolitische Abseits – und bringt klimapolitisch wegen des Carbon Leakage kaum etwas: Die Emittenten wandern in Länder ab, in denen die Klimaschutzkosten niedriger sind. Fast 900.000 Arbeitsplätze hierzulande

hängen an energieintensiven Industrien, wie zum Beispiel Chemie, Baustoffe, Glas, Nichteisen-Metalle, Papier, Stahl und Raffinerien. Und was keiner bedenkt: „Ein substantieller Nachfragerückgang in Ländern mit starken Emissionsminderungen könnte zu weltweit geringeren Energiepreisen führen. Dadurch steigt postwendend die Nachfrage nach fossilen Energierohstoffen in den übrigen Ländern“, warnt Frondel. Fazit: Für das Weltklima wäre nichts gewonnen, für den Standort D aber viel verloren.

MYTHOS 2: DAS EEG SORGT FÜR FAIRNESS AM STROMMARKT

Das EEG, das am 1. April vor 17 Jahren in Kraft trat, ist der wohl teuerste Aprilscherz in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Bezahlte wird er fast ausschließlich von den privaten Verbrauchern. Und je erfolgreicher die Erneuerbaren werden, desto teurer wird der Strompreis. Das ist praktisch das Gegenteil von Marktwirtschaft und nur mit der →

GANZ OFFENSICHTLICH LÄSST SICH DAS KLIMAPROBLEM NICHT DADURCH LÖSEN, DASS WIR IN DEUTSCH- LAND WENIGER CO₂ EMITTIEREN.

widersinnigen Konstruktion der EEG-Umlage zu erklären. Der Strompreis ist - neben dem Benzinpreis - der politischste hierzulande: Steuern, Abgaben und Umlagen machen inzwischen 54 Prozent aus.

Es gibt zudem kein absurderes Beispiel für die Umverteilung von unten nach oben als die EEG-Umlage. Eigenkapitalrenditen von 30 bis 50 Prozent für Photovoltaikinvestoren hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung 2015 in einer Studie errechnet. Gerade Photovoltaikanlagen werden von zumeist wohlhabenden Haushalten installiert und genutzt, aber von allen über die EEG-Umlage finanziert. Und die Stromrechnung ärmerer Haushalte ist kaum geringer als die von Wohlhabenden. Licht, Fernseher und Kühlschrank nutzt jeder. Zudem sind Sozialhilfeempfänger tagsüber häufiger daheim - und tappen dort mit jedem Lichtanschalten in die Kostenfalle.

MYTHOS 3: DAS KLIMA LÄSST SICH NUR MIT MEHR STAAT RETTEN

Wenn es eine Erkenntnis der vergangenen Jahre gibt, dann diese: Auch im Bereich der Energiepolitik und des Klimaschutzes müssen marktwirtschaftliche Prinzipien gelten. Verordnungen oder Verbote wie das Abschalten von Kohlekraftwerken führen immer wieder zu Negativeffekten an anderer Stelle. Ohne einen global einheitlichen Preis für den Ausstoß einer Tonne Kohlendioxid kann es keinen effektiven und effizienten Klimaschutz geben, unterstreicht Frondel. „Statt weiterhin mit hohen Subventionen den Ausbau der erneuerbaren Energien als primäre Klimaschutzstrategie zu forcieren, sollte Deutschland im Rahmen der G20-Verhandlungen auf den Abschluss eines internationalen Abkommens zur Etablierung eines einheitlichen CO₂-Preises drängen“, fordert der Wirtschaftsprofessor in seinem Gutachten für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

MYTHOS 4: EIN EINHEITLICHER CO₂-PREIS SCHADET DEN ÄRMSTEN

Mit einem einheitlichen CO₂ Preis verweigern die Industrienationen den Entwicklungs- und Schwellenstaaten den Aufstieg, meinen Linke in aller Welt. Das ist - wie häufig - nur die halbe Wahrheit. Richtig ist: Globaler Klimaschutz ist nur dann erfolgreich, wenn - um es ökonomisch auszudrücken - neben einem einheitlichen Preis für die Tonne Kohlendioxid unabhängig davon die Frage beantwortet wird, wer die Kosten dafür zu tragen hat. Gerade das tut das Pariser Abkommen aber nicht. Es beruht auf freiwilligen Selbstverpflichtungen und ist damit zum Scheitern verurteilt. „Die Vermeidungskosten sind vom jeweiligen Land zu tragen, nicht etwa von einem anderen, reicheren Land. Und die großen Unterschiede in den Grenzvermeidungskosten zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern werden nicht zur Erhöhung der Kosteneffizienz ausgenutzt“, benennt Frondel die zentrale Schwäche des Pariser Abkommens.

Was jeder Student der Volkswirtschaftslehre in den ersten Semestern lernt - die Grenzkosten- und Grenznutzentheorie -, ist in der Klimapolitik außer Kraft gesetzt worden. Klima- und Energiepolitik sind besonders dort effektiv und effizient, wo die Vermeidungskosten für eine weitere Tonne CO₂

am niedrigsten sind. Und das ist gerade nicht in Deutschland der Fall. „Wenn fünf Milliarden Arme im Mittel auch nur eine Tonne mehr CO₂ pro Jahr verursachen als bisher und dann mit vielleicht zwei Tonnen pro Kopf und Jahr bei einem Fünftel der deutschen Pro-Kopf-CO₂-Emissionen liegen, sind das dennoch fünf Milliarden Tonnen mehr CO₂ als bisher. Das ist fünf- bis sechsmal das Gesamtvolumen der Emissionen in Deutschland“, erläutert Experte Radermacher. „Ganz offensichtlich lässt sich das Klimaproblem nicht dadurch lösen, dass wir in Deutschland weniger Emissionen haben, sondern primär dadurch, dass wir dazu beitragen, dass der erwartete, legitime Wohlstandszuwachs in den ärmeren Ländern möglichst in klimaneutraler Weise erfolgt.“

MYTHOS 5: DIE ATOMKRAFT IST AM ENDE

In Deutschland mit Sicherheit. Hier geht 2022 das letzte AKW vom Netz. Doch was nützt das, wenn um uns herum immer mehr neue und, siehe Belgien, viele Altmeiler ihren Dienst tun? Ende 2016 waren in den USA 99 Atomkraftwerke aktiv, in Frankreich 58, selbst im „grünen“ Schweden neun, in Belgien sieben und in der Tschechischen Republik sechs. Vielerorts gibt es Pläne für neue Meiler. Ihr Plus bei allen Risiken: Sie pusten kein CO₂ in die Luft.





DIE FREIHEIT ERSTICKT AN DER GEGEN- RECHNUNG

TEXT: HANS D. BARBIER • FOTO: ALMA HASER (GETTY)

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – die Losung der Französischen Revolution prägt die europäische und die Europa-stämmige Politik seit mehr als zweihundert Jahren. Im modernen Sozialstaat ist sie zum politischen Dreisatz mit den Lösungsvorgaben Freiheit, Sicherheit und Solidarität geworden. Gewohnheitsmäßig wird die Freiheit immer noch an erster Stelle genannt. Aber im politischen Kalkül der Macht, die die Volksparteien für sich erhalten wollen, und in der Praxis des Sozialstaats erstickt sie an der Gegenrechnung mit den Faktoren Sicherheit und Solidarität. Im Wettbewerb der Wahlversprechen und des praktizierten Interventionismus wird aus der historischen Errungenschaft der Gleichheit vor dem Gesetz die Tendenz zur Angleichung von individuellen Versorgungsniveaus im Sozialstaat. Das führt im Gegensatz zu aller Freiheitsrhetorik fast zwanghaft zum Verlust von erlebbarer Freiheit. Das Versorgungsversprechen des Sozialstaats ist – nicht nach den Regeln der ökonomischen Logik, aber nach allen Erfahrungen mit der praktizierten Politik – auf Dauer nur zum Preis steigender Steuern und Abgaben einzulösen. Da es der Politik gelungen ist, im Urteil der Bevölkerung die Produktion von wirtschaftlicher „Sicherheit“ zur Staatsaufgabe zu erklären, sind hohe Steuern und Abgaben fast schon nicht mehr begründungspflichtig. Das Maximum an Rückgabe von Freiheit an die Bürger liegt im gelegentlich aufflackernden Versuch einer Regierung, zyklisch steigende Steuereinnahmen wenigstens nicht auch noch mit abermals steigenden Schulden zu kombinieren. Doch meist bleibt es beim versprochenen Versuch, weil sich angeblich neue Herausforderungen ergeben, die noch höhere Steuern und noch höhere Schulden im Urteil von Parlaments-

mehrheiten legitimieren. Die Rückkehr zu einem schlankeren Staat mit größeren Dispositionsspielräumen für die Bürger, mit nachhaltig geringeren Steuerquoten und mit einer weniger drückenden Abgabenbelastung ist zumindest in der jüngeren Geschichte nicht dokumentiert.

Die Freiheit begegnet einem langlebigen Argument, mit dem die Programmatik der Volksparteien ihren Rang relativiert: wiederkehrend mit der Behauptung, Freiheit sei der Bürgergesellschaft nur dann zuträglich, wenn zuvor der Sozialstaat mit seinen Mitteln für Sicherheit und für Solidarität Sorge. Das ist indessen eine Anmaßung, die sich ihre Begründung auf dem Wege des Gesetzeszwangs besorgt. Die Zwangsmitgliedschaft in absichtsvoll marktfrem konstruierten Versorgungssystemen, die Belastung mit hohen Steuern und die Pflicht zum Abführen steigender Sozialabgaben lassen den Bürgern keinen Spielraum mehr, um einmal zu erproben, was sie in eigener Verantwortung für ihre wirtschaftliche Sicherheit in der Gegenwart und für das Versorgtsein in der Zukunft leisten könnten. Die Nachfrage nach seiner Philosophie und nach seinen Leistungen schafft sich der Sozialstaat selbst. Die Dignität des Gewucherten ist nicht leicht zu erschüttern. Das Konkurrenzangebot der Freiheit hat es schwer. Aber das sollte für Liberale kein Grund zur Resignation sein. ●

Hans D. Barbier leitete zwischen 1986 und 2002 das wirtschaftspolitische Ressort der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Er war bis Juni 2014 Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, war ein knappes Jahrzehnt Chefredakteur von *liberal* und engagierte sich fast drei Jahrzehnte im Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Dieser zeitlose Beitrag erschien im Jahr 2007 in *liberal*.

@ redaktion@libmag.de



BEI DEN JÜNGSTEN ANSETZEN

Traumberuf Lehrer – denn morgens hat er recht und nachmittags frei! Ein Klischee, das immer wieder gerne bedient wird. Doch die Realität sieht meist ganz anders aus. Vor allem an Grundschulen unterrichten viel zu wenige Lehrer in viel zu großen Klassen. Gleichzeitig müssen sie mit steigenden Anforderungen wie der Inklusion von Behinderten, der Integration von oft traumatisierten Flüchtlingskindern und der steigenden Zahl verhaltensauffälliger Kinder fertigwerden.

„Wie viel Zusatzarbeit sollen Lehrerinnen und Lehrer angesichts der eh schon enorm gestiegenen Anforderungen denn noch leisten?“, fragt sich deshalb Simone Fleischmann, Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV), in einem offenen Brief an die Mitglieder ihrer Organisation.

„Irgendwie wird’s schon noch gehen – das ist das Motto bei vielen Reformen und neuen Aufgaben“, schreibt sie weiter.

Damit spricht sie einer ihrer Kolleginnen aus tiefster Seele.

FOCUS Familie hat diese Kollegin aus ihrem Schulalltag erzählt.

Um wirklich offen sprechen zu können und um die Persönlichkeitsrechte ihrer Schüler und deren Eltern zu schützen, möchte diese Lehrerin allerdings anonym bleiben.

Die Grundschullehrerin berichtet:

Ich bin Anfang 40, seit 17 Jahren Grundschullehrerin in Bayern, davon zwei Jahre im Referendariat und zwei Jahre in Elternzeit. Ich habe zwei noch relativ kleine Kinder. Deswegen arbeite ich derzeit in Teilzeit mit 20 Wochenstunden – übrigens zählen zu diesen 20 Stunden nur die, in denen ich vor der Klasse stehe, nicht die, in denen ich den Unterricht vorbereite und korrigiere. Viele vergessen gerne, dass Lehrer am Nachmittag keinesfalls frei haben.

Ich unterrichte eine zweite Klasse mit 26 Kindern. Wobei von „unterrichten“ kaum die Rede sein kann. Ich fühle mich derzeit mehr als Sozialarbeiterin denn als Lehrerin. Denn meine Hauptenergie fließt weniger ins Unterrichten. Ich brauche sie meist dafür, die Kinder so zu erziehen, dass ich sie überhaupt unterrichten kann.

Von den 26 Kindern ist nämlich etwa die Hälfte „verhaltensoriginell“, wie das euphemistisch und politisch korrekt mittlerweile gerne genannt wird - oder zeigt in anderer Form psychische Auffälligkeiten oder problematisches Verhalten. Dazu zähle ich nicht einmal Lernschwierigkeiten oder Minderbegabungen. Meinen Kollegen und mir fällt vielmehr immer öfter auf, dass viele Kinder in ihrem sozialen und psychischen Verhalten völlig unterentwickelt in die Schulzeit starten.

Viele sind in der Trotzphase eines Kleinkindes stehen geblieben

Sie wollen ihre Bedürfnisse sofort erfüllt sehen, haben kaum Geduld und eine geringe Frustrationstoleranz. Sie nehmen nur sich selbst wahr und merken gar nicht, wenn sie andere stören, anrempeln, zutexten. Sie sind unselbstständig, können nicht auf ihre Sachen aufpassen, verlegen oder verlieren sie ständig.

Viele Kinder sind nicht einmal in der Lage, ihr Heft herauszuholen, wenn ich sie dazu auffordere. Sie können sich kaum konzentrieren, nicht einmal zuhören, geschweige denn das Gehörte umsetzen. Es ist also sehr schwer, sie überhaupt zu erreichen und ihnen etwas beizubringen. Das alles hat übrigens nicht zwangsläufig etwas mit Intelligenz zu tun - ich habe viele hochbegabte Kinder, die im Schulalltag dennoch scheitern.

Etliche Schüler sind ständig müde

Neulich ist ein Junge im Unterricht eingeschlafen. Er hat mir erzählt, dass seine Eltern im Schichtdienst arbeiten und in der Nacht zuvor beide nicht zu Hause waren - er konnte nicht einschlafen, „obwohl“ er Fernsehen geschaut und mit Smartphone und Computer gespielt hat, wie er mir treuherzig erzählt hat.

In vielen Familien sind beide Eltern berufstätig, der Familienalltag ist dadurch unbeständig bis chaotisch. Den Kindern fehlt es an festen Strukturen und Bezugspersonen, die ihnen Sicherheit geben, damit sie zur Ruhe kommen und sich erholen können.

Ich habe wirklich Verständnis dafür, dass in vielen Familien das Geld nur reicht, wenn beide Elternteile arbeiten gehen. Die Lösung kann aber doch nicht sein, seine Kinder entweder ständig mit Medien ruhigzustellen oder in den Hort wegzubringen - zumal auch Eltern, die gar nicht arbeiten, ihre Kinder ständig abschieben.

Als ich im vergangenen Sommer beispielsweise in der Klasse gefragt habe, wer bei Hitzefrei und vorzeitigem Schulschluss nicht problemlos nach Hause gehen könne, haben sich sechs meiner acht Ganztageschüler gemeldet.

Ich gebe den Kindern mein eigenes Essen ab

Das sind übrigens oft auch die Kinder, deren Eltern zwar den ganzen Tag zu Hause sind, die aber trotzdem meist ohne Frühstück, ohne Pausenbrot, sogar ohne etwas zu trinken in die Schule kommen. Oft gebe ich dann mein eigenes Brot ab, außerdem habe ich auch immer

ICH HABE WIRKLICH
KAUM KINDER, DIE
NICHT PROBLEME MIT
IN DIE SCHULE
BRINGEN, DIE DURCH
ELTERNHAUS UND
ERZIEHUNG
ENTSTANDEN SIND.

etliche Flaschen Wasser für alle parat.

Aus den Schülerakten weiß ich, dass diese Kinder meist aus sozial schwachen Familien kommen, in denen das Geld vorne und hinten nicht reicht. Vielen dieser Kinder werden aber gleichzeitig oft drei Euro für den Schulbäcker in die Hand gedrückt, statt ihnen ein (zudem gesundes) Pausenbrot selbst zu schmieren. Wenn ich das sehe, kriege ich eine saumäßige Wut! Ich stehe ja auch um halb sechs Uhr auf, um meinen beiden Kindern Brote zu schmieren, viele andere Eltern auch. Warum kriegen andere das nicht hin?

Kinder, die von ihren Eltern vernachlässigt werden, den Unterricht durch unangemessenes Verhalten stören oder als „schwierig“ gelten, gab es natürlich schon immer. Früher kamen diese Kinder aber meist aus sozial schwachen Milieus. Heute scheinen psychische Auffälligkeiten auch in gut situierten Familien angekommen zu sein.

Wenn ich so darüber nachdenke, habe ich wirklich kaum Kinder, die nicht Probleme mit in die Schule bringen, die durch Elternhaus und Erziehung entstanden sind. Ein Junge kommt beispielsweise aus gut situiertem Hause, hat sehr bemühte Eltern, ist dadurch aber auch derart verhätschelt, dass er nichts alleine auf die Reihe kriegt.

Viele Eltern sind unsicher, was die Erziehung betrifft

Sie verlassen sich nicht mehr auf ihre Intuition und den gesunden Menschenverstand. Sie überbehüten ihre Kinder, lassen sie beispielsweise nicht alleine den Schulweg bestreiten. Wie soll ein Kind da selbstständig werden?

Besonders absurd ist es dann, wenn genau diese Kinder schon in der Grundschule ein Smartphone bekommen, um jederzeit erreichbar zu sein, die Eltern dann aber überhaupt nicht kontrollieren, auf welchen Seiten sie surfen. Oder total empört zu mir kommen und verlangen, dass ich dafür Sorge, dass sich die Mitschüler nicht gegenseitig via WhatsApp mobben.

Überhaupt scheinen viele Eltern vergessen zu haben, dass es eigentlich ihr Job ist, ihre Kinder zu erziehen, nicht meiner. Etliche sehen in Kindergarten und Schule einen Dienstleister und schieben die Verantwortung für die Erziehung auf uns ab. Wenn ihr Kind beispielsweise in der Schule ständig stört, ist das mein Problem, nicht ihres. Wenn es in der Schule unkonzentriert ist und deshalb daheim den ganzen Nachmittag vor seinen Hausaufgaben sitzt, gebe ich →

ICH MAG KINDER SEHR,
MÖCHTE IHNEN ETWAS
BEIBRINGEN, SIE AUF
DAS LEBEN
VORBEREITEN - UND
GENAU DESHALB WÄRE
ES SCHÖN, WENN STAAT
UND ELTERN MEINE
KOLLEGEN UND MICH
DABEI MEHR
UNTERSTÜTZEN WÜRDEN.

zu viel auf. Sie lassen ihrem Unmut dann auch schnell freien Lauf, anstatt gemeinsam nach konstruktiven Lösungen zu suchen.

Positives Verhalten materiell belohnen?

Apropos konstruktives Verhalten: Viele Eltern erziehen ihre Kinder, indem sie ihnen bei gutem Benehmen eine Belohnung in Aussicht stellen. Prinzipiell finde ich es richtig, positives Verhalten zu bestärken - aber das sollte nicht mit blankem Materialismus einhergehen. Kinder positiv zu bestärken heißt für mich, sie auf ihrem Lebensweg zu begleiten, Anteil zu nehmen, einfach für sie da zu sein.

Doch oft mangelt es Eltern schlicht an der Zeit dafür. Das ist es überhaupt, wovon Familien und Kinder viel zu wenig haben: Zeit! Unsere Abläufe sind derart verdichtet, dass Kinder ständig in viel zu knappe Taktungen gepresst werden, dabei haben sie ein ganz anderes Zeitgefühl als wir. Wenn sie sich aber dem Zeitverständnis der Erwachsenen nicht sofort unterordnen, nicht sofort funktionieren, wird das wiederum sofort sanktioniert - das finde ich furchtbar!

Kinder heute haben viel zu wenig Zeit zum Spielen, viel zu wenig Zeit, um sich frei zu entfalten! Wenn wir einmal im Monat mit der Waldpädagogin, die wir zum Glück an meiner Schule haben, einen Ausflug machen, spielen die Kinder wunderbar zusammen, zeigen Sozialkompetenz!

Ungeeignete Lehrpläne

Dass viele Kinder Probleme mit dem Schulsystem haben, liegt meiner Meinung nach auch daran, dass wir ihnen viel zu wenig Zeit und Ruhe zugestehen und sie stattdessen in von Erwachsenen vorgegebene Schemata pressen. Auch der Lehrplan beruht auf den Ansprüchen der späteren Arbeitswelt, nicht auf denen der Kinder. Er ist vollgestopft mit Inhalten, dass die Kinder nicht die Möglichkeit haben, eigene Interessen zu entdecken und selbstständig zu arbeiten.

Gleichzeitig zielt er auf Schlüsselkompetenzen wie Selbsteinschätzung, Selbstreflexion oder Selbstorganisation ab. Viele bringen dafür allerdings wie gesagt die Grundbedingungen wie Geduld, Konzentrationsfähigkeit oder das Vermögen zuzuhören, gar nicht mit. Etliche haben eine ganz vereinfachte Sprache, sollen sich in der ersten Klasse aber ständig selbst reflektieren oder in Partnergesprächen ihre Mitschüler beurteilen. Da kann ich nur sagen: Sprechen lernt man eben nicht nur vor dem Fernseher.

Was die Voraussetzungen betrifft, die uns das Kultusministerium beschert, kann ich nur sagen, dass die Klassen an den Grundschulen viel zu groß sind. Gleichzeitig gibt es viel zu viele Kinder mit viel zu unterschiedlichen Bedürfnissen - das sage ich, obwohl ich keine ausgewiesene Inklusions- und auch keine „Problemklasse“ habe.

Dennoch habe ich wie gesagt ein hochbegabtes Kind, das außerdem ADHS hat, ein Kind mit frühkindlichem Mutismus, das manchmal wochenlang nicht spricht, und ein Flüchtlingskind. Wären es 16, könnte ich allen gerecht werden. Oder wenn wir in einer so großen Klasse standardmäßig zu zweit wären, dann wäre es ebenfalls machbar.

Momentan habe ich das Gefühl, sie alle zu vernachlässigen

Einzelne zu vernachlässigen, obwohl ich eigentlich jedes Kind individuell fördern soll, das ist dem bayerischen Schulsystem übrigens immanent. Uns werden ständig neue Aufgaben aufgedrückt, ohne dass die finanziellen und personellen Ressourcen aufgestockt werden. Da denken sich Leute oben im Ministerium, die schon lange kein Klassenzimmer mehr von innen gesehen haben, innovative Programme aus, um sich damit zu schmücken - und wir müssen das dann an der Basis umsetzen.

Ein Beispiel ist die Inklusion behinderter Kinder in die Regelschule, die durch die Menschenrechtscharta mittlerweile vorgeschrieben ist. Wie praktisch für das Kultusministerium! Das klingt chic, modern, gleichberechtigt. Gleichzeitig ist es ein wunderbarer Deckmantel für ein Sparprogramm. Denn eine spezielle Förderschule oder ein zusätzlicher Lehrer für jede Klasse, das ist viel teurer.

Wenn allerdings wirklich alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft und anderen Startbedingungen gleichermaßen gefördert werden sollen, muss Geld in die Hand genommen werden. So bleiben alle Kinder, auch die nicht behinderten, in ihren individuellen Bedürfnissen auf der Strecke. Dasselbe gilt übrigens für die Integration von Flüchtlingskindern.

Wie soll ich mich ausreichend um ein Kind kümmern, das meist noch kaum Deutsch spricht, vielleicht sogar traumatisiert ist? Und dann oft schnell wieder aus meiner Klasse verschwindet, weil die Familie schon wieder umziehen muss? Wie soll ich ein Kind da in unsere Gemeinschaft integrieren?

Uns werden also ständig neue Aufgaben aufgebürdet

Dadurch ufert auch die Bürokratie immer weiter aus. Wir müssen mittlerweile jeden unserer Schritte haarklein dokumentieren. Wenn ein Kind Probleme hat, kann ich zwar den mobilen sozialpädagogischen Dienst hinzuziehen und mit ihm einen detaillierten Förderplan entwerfen. Die Anträge dafür sind allerdings ein einziger Papierkrieg - und der zusätzliche Aufwand geht dann wieder von der Unterrichtsvorbereitung für den Rest der Klasse ab.

Bei schwerwiegenden Problemen, etwa dem Verdacht der Vernachlässigung, kann ich zwar das Jugendamt einschalten, aber auch das ist mit großen bürokratischen Hürden verbunden. Die Eltern müssen mich beispielsweise von meiner Schweigepflicht entbinden, was aber die wenigsten tun, sie haben ja meist tatsächlich einen Missstand zu verbergen.

Überhaupt wurde dem Elternwillen in den letzten Jahren viel zu viel Raum gegeben. Wenn ich beispielsweise der Meinung bin, dass ein Kind auf die Förderschule sollte, wo es im Übrigen in viel kleineren Klassen individuell auch besser gefördert werden könnte, wenn auch der sozialpädagogische Dienst und im Zweifel sogar ein Kinderpsychologe meine Empfehlung unterstützen, können Eltern das trotzdem einfach ablehnen. Dass meine Fachkompetenz dann einfach vom Tisch gewischt wird, das ist extrem frustrierend.

Von dem Zeugnisterror, vor allem dem vor dem Übertritt in der vierten Klasse in die weiterführende Schule, will ich gar nicht erst anfangen. Ich kenne Kollegen, die freiwillig gar keine dritte und vierte Klasse mehr übernehmen wollen, denn der Druck der Eltern, ihr Kind wenigstens auf die Realschule schicken zu können, ist riesig.

Ich kann das übrigens verstehen, sie haben Panik, dass ihr Kind später keinen vernünftigen Beruf ergreifen kann ohne einen einigermaßen qualifizierten Abschluss. Seit Jahren fordern viele Lehrer auch deshalb, Kinder auch in der Mittelstufe weiter gemeinsam lernen zu lassen, was übrigens auch viel integrativer wäre.

Ein neues System umzusetzen würde ja wieder Geld kosten!

Mich wundert der hohe Krankenstand unter Lehrern nicht, wir wandeln alle immer nahe am Burn-out. Trotzdem kann ich mir keinen anderen Beruf vorstellen, denn ich bin trotz allem gerne Lehrerin. Natürlich machen etliche Eltern auch vieles richtig und schicken mir Kinder in die Schule, bei denen es eine Freude ist, sie unterrichten zu dürfen. Überhaupt denke ich bei aller Kritik, die ich übe, immer an die Kinder, die ja gar nichts für die ganzen Misereen im Erziehungs- und Bildungssystem können. Ich mag Kinder sehr, möchte ihnen etwas beibringen, sie auf das Leben vorbereiten - und genau deshalb wäre es schön, wenn Staat und Eltern meine Kollegen und mich dabei mehr unterstützen würden. ●

Dieser Artikel ist eine verkürzte Übernahme von focus-online vom 7.3.2017 - erschienen unter dem Titel **EINE LEHRERIN SCHLÄGT ALARM: „ICH KOMME MIT DEN KINDERN NICHT MEHR ZUM LERNEN“**





↑ **Generation Digital:** Der Einsatz von iPads während des Unterrichts ist bereits für die Schüler der 5. Klasse selbstverständlich.

→
Ausgezeichnet: Die Schule bietet Schülern vorbildliche Orientierungsmöglichkeiten zu Studium und Beruf.

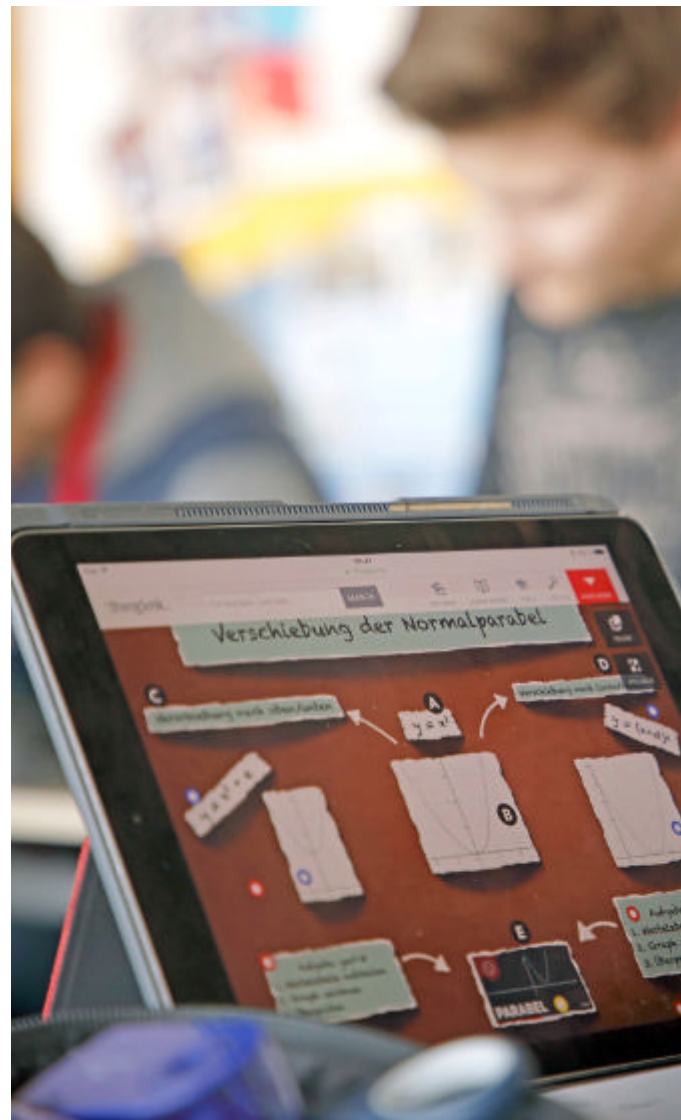


DIGITALES LERNEN

EINE FOTOREPORTAGE ÜBER
BEISPIELHAFTES E-LEARNING

TEXT: THOMAS LUTHER • FOTOS: MATTHIAS SANDMANN

Am Gymnasium der Stadt Würselen ist das Wirklichkeit, was anderenorts bestenfalls noch Vision ist: Schülern werden nicht nur Inhalte, sondern auch digitale Medienkompetenz vermittelt – mit Erfolg. Anfang des Jahres wurde das digitale Bildungskonzept mit dem Innovationspreis „delina“ des IT-Verbands Bitkom ausgezeichnet.





← **Schnitzel statt Stulle:** Das Gymnasium in Würselen leistet sich mit der benachbarten Realschule eine Mensa. So ist dafür gesorgt, dass jeder Schüler ein warmes, jugendgerechtes Mittagessen bekommt.

↓ **Mehr Laptop, weniger Lehrbuch:** Die Lehrkräfte, wie hier Mathematiklehrer Frajo Ligmann während einer Unterrichtsstunde, wurden intensiv darin geschult, digitale Medien in das didaktische Konzept ihres Faches einzubinden.





Gut ausgestattet: Die technische Ausstattung wurde 2012 noch verbessert. Damit stehen genug Endgeräte und ein stabiles, den Anforderungen eines Schulbetriebs gerecht werdendes WLAN-Netz zur Verfügung.



Schüler coachen Schüler: Ältere Schüler bilden sich in Seminaren zu Themen wie „Lerntechniken“ fort und geben diese Fähigkeiten ehrenamtlich an Jüngere weiter.

„Freiheit ist kein Geschenk des Staates.“

INTERVIEW: BORIS EICHLER

Sie lehnte den „Großen Lauschangriff“ ab, konnte sich nicht durchsetzen und trat 1996 als Bundesjustizministerin im Kabinett Kohl zurück. Diese Konsequenz im Handeln brachte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger höchsten Respekt ein – bei Politikern, Journalisten und in der Bevölkerung. Dreizehn Jahre später konnte sie ihre Arbeit als Bundesjustizministerin an der Seite von Bundeskanzlerin Angela Merkel fortsetzen. Jetzt hat Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, heute Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, ein Buch mit dem Titel „Haltung ist Stärke“ vorgelegt und in Berlin gemeinsam mit der Kanzlerin der Presse vorgestellt. Es ist eine Kampfansage an die Feinde der Freiheit und zugleich Zwischenbilanz eines politischen Lebens.



Das Buch „**Haltung ist Stärke: Was auf dem Spiel steht**“ von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist im Kösel-Verlag erschienen und überall im Buchhandel für 19,99 Euro erhältlich.

Ihr Urgroßvater war Mitbegründer der Deutschen Volkspartei und Abgeordneter im Weimarer Reichstag, Ihr Großvater wurde als Verwaltungsjurist wegen Kritik an der Amtsenthebung sozialdemokratischer Bürgermeister von den Nazis in den sofortigen Ruhestand versetzt, Ihr Vater war CDU-Kommunalpolitiker. Das Aufwachsen in einem politischen Haushalt hat in Ihrer Biografie einen hohen Stellenwert. Nehmen Sie uns mit in Ihre Jugendzeit! Über was wurde beim Essen so gesprochen?

Leutheusser-Schnarrenberger: In der Tat viel über Politik. Mein Vater war aktiver Kommunalpolitiker und regelmäßiger Leser der FAZ. Und er hatte ein gewisses Sendungsbewusstsein; er wollte, dass wir uns für Politik interessieren. Es waren also ideale Voraussetzungen, Zugang zur Politik, zu politischer Meinungsbildung zu bekommen. Spielen solche Familienkonstellationen heute noch eine vergleichbare Rolle? Oder werden junge Menschen heute politisch doch eher durch die Medien geprägt?

Soziale Medien und enge digitale Vernetzung haben einen hohen Stellenwert, auch wenn es sie noch gar nicht so lange gibt. Trotzdem sind auch heute noch der persönliche Kontakt und das Gespräch prägend, um Interesse an der Politik zu wecken – seien es Eltern, Freunde, Klassenkameraden oder auch Lehrerinnen oder Lehrer. Durch die sozialen Medien wird man viel früher und viel direkter mit Politik konfrontiert. Und man kann sich leichter einbringen. Den Like-Button zu drücken ist zwar noch keine fundierte politische Mitwirkung, aber es zeigt doch ein gewisses Interesse an einem Thema.

Bei vielen Politikern gibt es ein bestimmtes Ereignis, das ihren Ruf prägt. Bei Hans-Dietrich Genscher denken sehr viele Menschen an seinen Auftritt in der deutschen Botschaft in Prag, als er den Flüchtlingen aus der DDR mitteilen konnte, dass sie in den Westen ausreisen dürfen. Ihr Bild in der Öffentlichkeit ist vom Januar 1996 geprägt, als Sie als Bundesjustizministerin zurückgetreten sind, weil Sie den Kurs Ihrer Partei in Sachen „Großer Lauschangriff“ nicht mehr mittragen wollten. Was wäre in Ihrem

Foto: Tobias Koch; Boris Eichler



Leben anders verlaufen, wären Sie damals im Amt geblieben?

Damit habe ich mich viel beschäftigt, gerade in der Folgezeit meines Rücktritts. Ich hätte als Ministerin einen Gesetzentwurf erarbeiten lassen müssen, gegen den ich zuvor inhaltlich gekämpft hatte. Ich hätte das den Bürgerinnen und Bürgern erklären müssen. Dazu wäre mir nichts Überzeugendes eingefallen. Und ich hätte mich sehr, sehr unwohl gefühlt.

Die Tage des Rücktritts waren schwierig für Sie. Sie schreiben in Ihrem Buch, dass Hans-Dietrich Genscher Sie in dieser Zeit sehr unterstützt hat. Können Sie davon erzählen?

Hans-Dietrich Genscher war jemand, der sich sehr gut in andere hineinversetzen konnte. Er stellte ganz praktische Fragen: Ob ich nach dem Entlassungstermin beim Bundespräsidenten eine Fahrgelegenheit habe, die Ministerlimousine stehe dann eventuell nicht mehr zur Verfügung. Er verhinderte auch, dass ich mich am Abend dieses Tages in Schwermut zurückziehen konnte. Er und seine Frau luden mich in sein Stammlokal in Bad Godesberg ein und es wurde vergnüglich.

Sie hätten in dieser Zeit, in der Sie sich schwertaten mit der FDP, auch zu den Grünen gehen können oder zur SPD ...

Es stand für mich nie zur Debatte, zu einer anderen Partei zu gehen, dazu bin ich einfach viel zu fest vom Freiheitsgedanken überzeugt, wenn Sie so wollen: infiziert. Ganzheitlicher Liberalismus, also Liberalismus in der Wirtschafts- und der Gesellschaftspolitik, gehören für mich unverzichtbar zusammen. Meine politische Heimat ist die FDP, auch wenn ich mal mit Entscheidungen nicht übereinstimme.

Ihr Rücktritt 1996 verdeckt ein wenig den Blick auf die Dinge, die Sie politisch durchgesetzt haben. Für welche politischen Projekte würden Sie ohne ihn stehen?

Ich bin die Bundesjustizministerin, die den historisch belasteten Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches, den sogenannten Homosexuellen-Paragraphen, abgeschafft hat. Ich bin die Justizministerin, die im Umgang mit Kindern bei Trennung und Scheidung das Kindeswohl besser durchgesetzt und den sexuellen Missbrauch bekämpft hat. Aber ich bin auch die Ministerin, die bei der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung dafür gesorgt hat, dass nicht nur Deutschland, sondern auch die EU ihren Kurs ändern musste.

Ihr Thema ist seit Jahrzehnten die Freiheit. Gibt es so etwas wie einen roten Faden, der über einen solch langen Zeitraum sichtbar wird?

Ein roter Faden ist die Verteidigung der Freiheit des Einzelnen im Verhältnis zum Staat gegenüber allen Gefährdungen. Im Zuge der Digitalisierung zeigt sich aber mehr und mehr, dass es heute auch darum geht, dem Einzelnen gegenüber Konzernen ein selbstbestimmtes Agieren mit seinen Daten zu ermöglichen.

Zwei Sätze sind mir noch gut hängen geblieben aus der Lektüre, die ich Sie bitte, kurz zu kommentieren. Der eine ist: Freiheit ist kein Geschenk des Staates.

Bürgerinnen und Bürger sind von Geburt frei. Freiheit macht die Persönlichkeit aus. Freiheit wird nicht vom Staat gewährt. Wer sie einschränken will, braucht ausdrücklich eine Legitimation.

Der andere Satz ist eine Forderung: Verfassungspatriotismus als Bildungsziel.

Wir können und sollten uns stärker mit den Grundwerten unserer Verfassung identifizieren und eine engere Beziehung zu ihr entwickeln. Wir sollten das Grundgesetz nicht als Papier verstehen, sondern als Gebäude, in dem wir Menschen uns hier in Deutschland entfalten können, leben und unsere Wurzeln haben.



Buchvorstellung in Berlin: Bundeskanzlerin Angela Merkel (rechts) und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

FAKTE STATT FAKE NEWS



TEXT: STEFAN KREITWOLF

Falschmeldungen vergiften auch in Deutschland zunehmend die politische Debattenkultur. Christoph Kappes jagt nun den Lügen hinterher. Seine Online-Initiative „Schmalbart“ sucht nach der Wahrheit – und weiteren Unterstützern.

11.164 Zeichen und 1.453 Wörter gegen Populismus: Mit einem einfachen Blogbeitrag fing alles an. Christoph Kappes hat ihn geschrieben, 200 Leute haben sich daraufhin gemeldet. Was war passiert? „Das weiß ich auch nicht genau“, sagt Kappes lächelnd. Der Medienunternehmer hatte seinen Text mit dem Titel „Projekt Schmalbart – eine Einladung“ Ende November vergangenen Jahres geschrieben und hob damit – quasi aus dem Stand heraus – eine Online-Initiative mit dem eigentlich nicht ganz ernst gemeinten Namen „Schmalbart“ aus der Taufe.

Schmalbart will dem US-Nachrichtenportal Breitbart News Newswork und anderen Falschmeldern Paroli bieten. „Dass so viele Leute den Blogpost als Einladung verstanden, zeigt, dass hierzulande die Gefahr von rechten Populisten ernst genommen wird“, sagt der 54-Jährige. Zu Recht. Den US-Präsidentschaftswahlkampf hat der erzkonservative Digitaldienst mit teils widerwärtigen Methoden maßgeblich beeinflusst. Nun greift Breitbart, laut der Analysefirma Alexa eine der 250 meistbesuchten Websites weltweit, in Europa an und in die politische Debatte ein.

Breitbart-Chefredakteur Alexander Marlow hatte direkt im Anschluss an den Sieg Donald Trumps im November vergangenen Jahres angekündigt, nach Deutschland und Frankreich expandieren zu wollen. Der Breitbart-Rom-Korrespondent Thomas Williams sprach Ende Februar von „ersten Bewerbungsgesprächen für eine deutsche Redaktion“. Kappes betrachtet diese Aussage skeptisch: „Stand heute habe ich noch niemanden gefunden, der in Deutschland eine Redaktion für Breitbart aufbaut“, sagt der Medienexperte.

Wahrheit im „postfaktischen Zeitalter“

Ob der deutsche Ableger des US-amerikanischen Hetzportals jemals kommt, ist jedenfalls ungewiss – und für Kappes nebensächlich. Für ihn wäre das nur „ein weiterer Teil des Problems“. Schließlich könnten auch „zwei Deutschdozenten in Ohio“ mit gezielten Falschmeldungen ein enormes Echo in den sozialen Netzwerken entfachen. Also gäbe es schon jetzt einiges zu tun, schlussfolgert der Schmalbart-Initiator. Über Lügen im Netz und das sogenannte postfaktische Zeitalter werde seit dem Wahlsieg Donald Trumps viel geredet. Dabei gebe es dieses Phänomen in Deutschland schon länger, meint Kappes. „Insbesondere seit dem Spätsommer 2015, als die Flüchtlingswelle die Bundesrepublik erreichte, wird mit Gerüchten massiv Stimmung gemacht“, berichtet Kappes. In den sozialen Medien und den Kommentarspalten der Online-Medien sind Hass und Beleidigungen allgegenwärtig. Das beeinflusse die politische Meinungsbildung des einzelnen Wählers massiv, glaubt Kappes. „Deswegen kämpfe ich für die Wahrheit – im Internet und überall sonst“, so der ehemalige Manager der Internetagentur Pixelpark.

Illustration: Getty Images

Sein Ziel formuliert er auf der Schmalbart-Seite so: „Wir wollen Medienangebote kritisch begleiten und Grenzen ziehen, wenn Unwahrheiten und Verdrehungen oder gar Fälschungen verbreitet werden. Volksverhetzung, Rassismus, Antisemitismus und jede andere Art von Menschenfeindlichkeit werden wir bekämpfen.“ Mit diesem hehren Ansinnen ist Schmalbart nicht allein. Online und offline formieren sich kleine Stoßtrupps, die für die Wahrheit und gegen Populismus ins Feld ziehen. „Wir sind Teil einer Bewegung“, sagt der Hamburger. Doch es sind nicht nur Idealisten wie Christoph Kappes und seine Mitstreiter, die gegen Lügen ankämpfen.

Selbst Google und Facebook entwickeln Initiative

Seit Kurzem streiten auch die Großen der Medienbranche um die Vorherrschaft der Fakten. Google schloss zuletzt mehr als 200 Fake-News-Seiten aus seinem Algorithmus aus. Auch Facebook, das gemeinhin als Hort der Falschmeldungen gilt, will nicht länger die Schmutzdecke des Internets mimen. In Deutschland beabsichtigt das soziale Netzwerk daher, mithilfe des Recherchenetzwerks „Correctiv“ Falschmeldungen zu entlarven. Die EU kämpft von Brüssel aus mit einer Task Force gegen Unwahrheiten aus Russland. Auch ARD und ZDF suchen nach der Wahrheit. Sie haben sich mit der internationalen „First Draft Coalition“ zusammengeschlossen, die per Informationsaustausch Fake News entlarven und korrigieren möchte (siehe auch nebenstehenden Kasten).

Bei Schmalbart steht indes der Härtestest an. Nachdem Mitte Januar rund 200 Wahrheitsliebende im Berliner „Betahaus“ zum Thema Fake News diskutierten, ist der Aufbau der Online-Initiative in der heißen Phase. Neben einer Art Breitbart-Watchblog wollen Kappes und seine Mitstreiter eine Faktendatenbank aufbauen, die Informationen zu hochbrisanten Themen, wie der Kriminalität von Flüchtlingen oder deren Ausbildungsgrad, bietet. „Mit klaren Fakten in einfacher Sprache und belegbaren Quellen“, fügt er hinzu.

Schmalbart will die Zivilgesellschaft dazu anregen, Diskussionen im Internet nicht denjenigen zu überlassen, die am lautesten schreien. Das ist ein ehrenwerter Ansatz, der aber auch mit viel Arbeit verbunden ist und ohne ehrenamtliches Engagement kaum möglich wäre. „Bis jetzt brauchen wir sehr wenig Geld, die Projekte leben von der unbezahlten Arbeit der Beteiligten“, erklärt Kappes dazu. Und das sind überwiegend Medienprofis. Eigenen Angaben zufolge mischen bei Schmalbart mehr als 100 professionelle Videoproduzenten, Programmierer, PR-Berater und Suchmaschinenoptimierer mit. Hinzu kommen Journalisten und Medienmanager.

Ist Schmalbart also eine Initiative von linken Medienmachern, wie in kritischen Tweets und Facebook-Postings häufig zu lesen ist? „Nein“, sagt Kappes entschieden, der sich selbst als „liberal“, aber auch als „nicht parteigebunden“ bezeichnet, „bei uns engagieren sich überwiegend parteilose Menschen.“ Das Bild sei bunt. „Und ich bin weder der Chef noch gibt es ein Zentralkomitee. Das Wir steht bei uns im Vordergrund“, betont der Schmalbart-Gründer. Und das „Wir“ wächst weiter. Fast 15.000 Menschen haben seinen Blogpost bislang gelesen. Viele verstehen ihn noch immer als Einladung. ●

Die Jäger der Fake News

Correctiv Nutzer sollen Lügen, Gerüchte und Unwahrheiten künftig melden können. In Deutschland wird der Rechercheverbund Correctiv die gemeldeten Inhalte prüfen und im Zweifel als Fake News kennzeichnen.

First Draft Coalition Das ZDF will Fake News in sozialen Medien mit einer eigenen Initiative entlarven. Im Bundestagswahlkampf startet das Faktencheck-Projekt #ZDFcheck17. Auch die ARD plant eigene Projekte zur Wahrheitsfindung. Die beiden öffentlich-rechtlichen Sender kooperieren mit der internationalen First Draft Coalition, die den Informationsaustausch unter Medien- und IT-Organisationen fördert, um falsche Nachrichten zu enthüllen und in der Öffentlichkeit zu korrigieren.

Mimikama ist eine internationale Koordinationsstelle zur Bekämpfung von Internetmissbrauch. Die Berliner Macher sehen sich als Anlaufstelle für Internet-User, die verdächtige Internetinhalte melden möchten. Der eingetragene Verein fokussiert sich auf Fake News bei Facebook. Der Swahili-Name „Mimikama“ bedeutet so viel wie „Gefällt mir“.

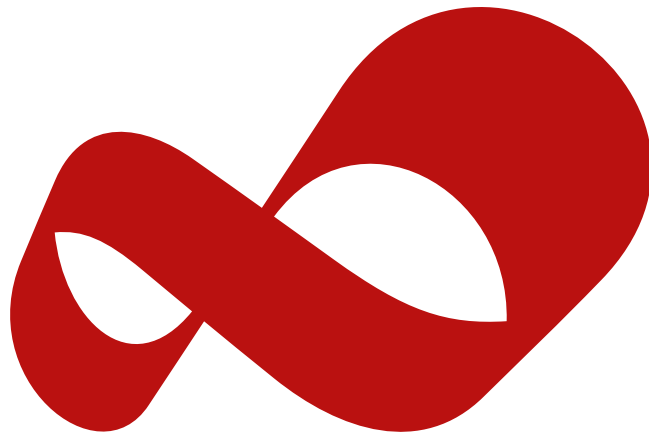
Hoaxmap.org Hinter Hoaxmap.org steht die Leipzigerin Karolin Schwarz. Sie entwickelt seit einem Jahr eine interaktive Landkarte. Digital markiert sie darin Falschinformationen über Asylsuchende – mit Quellenangaben als Gegenbeweis. Mehr als 450 Lügen konnte sie damit bereits entlarven und geografisch markieren. Die Zahl der unwahren Gerüchte hat sich ihren Recherchen zufolge im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt.

EU-Task-Force Die EU hat eine Arbeitsgruppe namens „East StratCom Task Force“ eingerichtet, die sich seit nun einem Jahr intensiv mit Falschinformationen von russischen Staatsmedien und Kreml-nahen Medien befasst. Der jüngste Fake-News-Angriff auf die Bundeswehr in Litauen wurde mithilfe der EU-Faktenchecker entlarvt.

🌐 **Schmalbart** • <https://goo.gl/zEWB7N>
Schmalbart-Blog-Beitrag • <https://goo.gl/cqFDCO>

STEFAN KREITEWOLF ist von der Initiative Schmalbart begeistert. Prinzipiell sollte er sich als Journalist niemals mit einer Sache gemein machen. Doch hier geht es um nicht mehr und nicht weniger als um den Kampf für die Wahrheit.
@ redaktion@libmag.de

WIR SIND PARSHIP



FÜR DEN MITTELSTAND

INTERVIEW: FLORIAN FLICKE

Von den aktuell erstklassigen Exportzahlen und dem Siegel Hidden Champion sollte sich kein deutscher Mittelständler blenden lassen. Gerade beim Thema Innovationen gibt es eine Menge zu tun – vor allem bei der Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

Thomas Kathöfer, Hauptgeschäftsführer der AiF,
der führenden nationalen Organisation zur Förderung angewandter
Forschung und Entwicklung für den deutschen Mittelstand, definiert
seine Rolle im Interview deshalb vor allem als Paarvermittler.

Welche Innovation aus Deutschland aus der jüngeren Vergangenheit ist Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben?

Thomas Kathöfer: Die Erfindung des mp3-Formats. Mit Verlaub, das war vor 20 Jahren.

Richtig. Aber es war auch eine besonders folgenreiche, heute würden wir sagen „disruptive“ Innovation. Und sie verdeutlicht das Erfolg versprechende Prinzip: Innovationen mit so weitreichenden Wirkungen werden heute nur noch von eng vernetzten Teams bewerkstelligt. Das war in dem Fall auch so. Fraunhofer-Wissenschaftler haben daran genauso mitgewirkt wie Forscher von staatlichen Hochschulen, von Unternehmen oder Beratungsgesellschaften. Das lief beispielhaft - und steht genau für den Ansatz, den die AiF bis heute verfolgt: Wir vernetzen und bringen die Innovationsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik an einen Tisch. Genau deshalb haben wir mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft eine Innovationsoffensive gestartet und touren damit durch Deutschland (siehe Kasten).

Haben die Deutschen in den vergangenen 20 Jahren keine weiteren disruptiven Technologien mehr hervorgebracht?

Die weit überwiegende Zahl der Innovationen ist bei uns inkrementeller Natur, verläuft also in Stufen.

Wir sind also ein Forscherland der kleinen Schritte?

Der Fortschritt vollzieht sich immer in kleinen Schritten. Irgendwann wird aus vielen kleinen Schritten der große, disruptive Schritt. James Watt zum Beispiel hat auch nicht spontan die Dampfmaschine erfunden. Davor lagen viele Jahre, in denen ihm andere Tüftler den Weg bereiteten. Watt hat dann nur den letzten klugen Einfall gehabt.

Glauht man etwa der KfW-Bankengruppe, die regelmäßig das Innovationsklima in Deutschland untersucht, ist es um den Forscherdrang der Unternehmen nicht mehr so rosig bestellt.

Dieser Pauschalvorwurf greift zu kurz. Manche Firma mag sich derzeit vielleicht zu sehr im Licht der guten Binnenkonjunktur und nach wie vor starken Exportzahlen sonnen. Doch die Chefs wissen, dass sich Konjunkturzyklen verändern. Es werden, früher oder später, auch wieder rauere Phasen kommen. Daher kann ich immer nur raten, das Thema Innovation gerade in der guten Phase anzugehen, wenn die Kassen gefüllt sind. Gerade kleinere Mittelständler sind oft von sehr wenigen Produkten abhängig. Da ist es Pflicht, diese Pro-



**DR.-ING. THOMAS
KATHÖFER**

ist Hauptgeschäftsführer der AiF, Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke“ e. V. mit Hauptsitz in Köln.

Die AiF ist die führende nationale Organisation zur Förderung angewandter Forschung und Entwicklung für den deutschen Mittelstand.

2016 setzte die AiF dafür rund 533 Millionen Euro an öffentlichen Fördermitteln ein.

Zu den Mitgliedern zählen aktuell 100 branchenorientierte Forschungsvereinigungen, die mit mehr als 1.200 Forschungsstellen sowie etwa 50.000 angegliederten Unternehmen zusammenarbeiten.

dukte immer weiter zu optimieren und auch die Prozesse und Geschäftsmodelle dahinter zu verbessern und vor allem zu digitalisieren.

Die KfW moniert zudem: Finanzierungsschwierigkeiten sind trotz des Niedrigzinsumfelds unverändert das Innovationshemmnis Nummer eins im Mittelstand.

Das Antragsvolumen für unsere zwei Programmlinien Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand und Industrielle Gemeinschaftsforschung wächst seit Jahren. Der Innovationswille gerade bei den Mittelständlern ist also ungebrochen, die Firmen wollen etwas machen. Aber: Dafür brauchen sie offenkundig Hilfe, Unterstützung und mehr Fördermittel. Die Mehrheit der kleinen und mittleren Unternehmen finanziert Innovationsvorhaben aus liquiden Mitteln. Die regulierten Banken scheiden als Risikokapitalgeber zunehmend aus. Gerade bei Digitalisierungen sind Banken selten Financiers: Mitunter fehlt das Verständnis, häufig scheitert es auch an den fehlenden Sicherheiten. Eine Investition in eine neuartige Cloud-Lösung oder ein E-Commerce-Modell ist etwas ganz anderes als die Finanzierung einer Lagerhalle oder eines Fuhrparks.

Was also tun, wenn der Innovationswille da, das Geld aber knapp ist?

Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Kooperation. Viele Mittelständler forschen etwa bereits an der Seite ihrer Kunden. Wir helfen dabei, den Horizont weiter zu vergrößern. Über die AiF können Firmen Kontakte knüpfen zu anderen Unternehmen auch anderer Branchen, aber mit ähnlichen Herausforderungen - und bekommen vor allem neue Kontakte hinein in die Wissenschaft. Wir sind eine Art Parship für Mittelständler. Das wollen wir jetzt noch professionalisieren. Gerade beim Thema Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft lassen sich noch viele Potenziale heben. Wir bringen die Partner von morgen zusammen - und das geht nur über persönliche Kontakte auf unseren Veranstaltungen.

Reichen bessere Kontakte allein aus, um Deutschland innovativer zu machen?

Nein, aber sinnvoll ist, die Kompetenz der Forschungseinrichtungen schon bei der Konzeption und Durchführung von Forschungsvorhaben mit der Verwertungskompetenz gerade kleiner und mittlerer Unternehmen zusammenzubringen. Denn die Erfahrung lehrt, →

„Auf dieses Klein-Klein mit den Finanzbehörden hat kein Mittelständler wirklich Lust.“

dass Ergebnisse der Grundlagenforschung in der stark mittelständisch geprägten deutschen Wirtschaft zu wenig Wirkung entfalten.

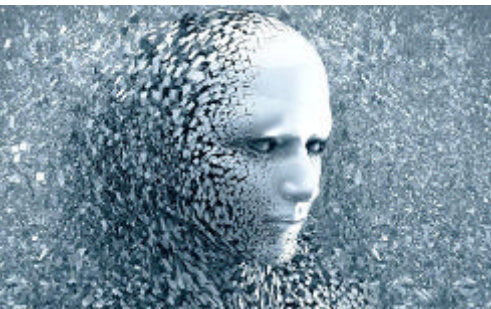
Was fordern Sie?

Um nicht missverstanden zu werden: Wir wollen der wichtigen Grundlagenforschung nichts wegnehmen - nur sicherstellen, dass das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, der Mittelstand, seine Innovationskraft aufrechterhält, auch angesichts neuer Herausforderungen, wie beispielsweise der Digitalisierung. Dazu müssen Forschungsergebnisse durch die Mittelständler auch am Markt umgesetzt werden können. Und deshalb gehören die Forschungskompetenz der Forschungseinrichtungen und die Verwertungskompetenz des Mittelstands zusammen.

Sollten Unternehmer ihre Forschungsausgaben besser steuerlich absetzen können? Deutschland ist eine der wenigen führenden Industrienationen weltweit, die rein auf direkte Förderung setzt. Jüngst hat sich auch nochmals die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission Forschung und Innovation für eine steuerliche Absetzbarkeit von Forschungskosten stark gemacht.

Diese Forderung kommt seit mindestens 20 Jahren immer wieder auf, vor allem im Vorfeld von Wahlen. Es gibt auch bei uns im Netzwerk aber keine einhellige Meinung dazu: Erstens muss man immer damit rechnen, dass ein Haushaltsverantwortlicher auf Bundes-

oder Landesebene bei Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung gleichzeitig keine weitere Aufstockung der Forschungsmittel für den Mittelstand mehr genehmigt. In dem Fall wäre nichts gewonnen. Zweitens forschen viele Unternehmen praktisch Tag für Tag, ohne eine eigene aufwendige F&E-Abteilung zu betreiben. Diese Firmen müssten dann im Einzelfall mit den Finanzbehörden bei jeder noch so kleinen Summe darum ringen, ob es sich um eine Innovation oder nur um eine normale Betriebsausgabe handelt. Auf dieses Klein-Klein mit den Finanzbehörden hat kein Mittelständler wirklich Lust.



Innovations-offensive für Mittelstand und Gründer

In Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) vernetzt die AiF bundesweit Start-ups, mittelständische Unternehmen, Wissenschaft und Multiplikatoren.

Unter anderem werden folgende Fragen auf den für die Teilnehmer kostenfreien Veranstaltungen in Kleingruppen diskutiert: Wie wird und bleibt man als Unternehmen innovativ? Wann macht es Sinn, das eigene Geschäftsmodell zu überdenken und gegebenenfalls auch über Bord zu werfen, damit etwas Neues entstehen kann? Was sind die Voraussetzungen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Innovationen?

Zudem gibt es die Möglichkeit, vor den Abendveranstaltungen an Werksführungen durch die gastgebenden Unternehmen sowie an interaktiven Workshops zum Thema Innovationsmanagement teilzunehmen.

3. MAI 2017 – NÜRNBERG
Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen IIS

31. MAI 2017 – HAMBURG
Kühne Logistics University

1. JUNI 2017 – BERLIN
Steinbeis-Hochschule

28. JUNI 2017 – KARLSRUHE
auf dem Gelände der Messe Karlsruhe

14. AUGUST 2017 – DÜSSELDORF
Details noch in Abstimmung

24. AUGUST 2017 – BREMEN
Details noch in Abstimmung

31. AUGUST 2017 – OSNABRÜCK
KIA Autohaus Fehrmann & Neubert

11. OKTOBER 2017 – MAINZ
festliche Abschlussveranstaltung im Landesmuseum

 Mehr Infos: freiheit.org/innovationsoffensive2017



Erklärfilm zur AiF



STRIPPEN- ZIEHER

TEXT: FLORIAN FLICKE

Beim Stichwort „Innovation“ denken viele unweigerlich an Berlin-Mitte, an Internetfirmen und hippe Lofts. Doch das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden nach wie vor Betriebe wie die Weberei GKD – Gebr. Kufferath AG aus Düren bei Köln. Wie schaffen sie es, sich immer wieder neu zu erfinden?

An diesem Montagmorgen in Düren, gut eine halbe Autostunde westlich von Köln gelegen, ist Ingo Kufferath gleich auf Betriebstemperatur. Rheinisch-freundlich, warmherzig und offen, aber unnachgiebig in der Sache, wenn es um die Belange des deutschen Mittelstands geht. Zusammen mit seinem Bruder Dr. Stephan Kufferath führt der 59-jährige Diplom-Ingenieur das Familienunternehmen GKD - Gebr. Kufferath AG in nunmehr dritter Generation. GKD ist einer der weltweit führenden Hersteller von Geweben aus Metallen, Kunststoffen und Fasern. Fast 700 Mitarbeiter, davon mehr als 400 am Stammsitz Düren, beschäftigt das Unternehmen. Weitere Werke stehen in den USA, Südafrika, China, Indien und Chile.

Tatkraft und Mut sind die Eigenschaften, auf denen die Erfolgsgeschichte der Kufferaths beruht. Eine Weberei im Jahr 2017 zu führen und damit am Markt zu bestehen, ist ständige Herausforderung. Wer nachlässt, wird vom Wettbewerb gefressen. „Überall auf der Welt und gerade in China gibt es Tausende von Webereien, die viel billiger produzieren als wir“, sagt Ingo Kufferath. Und ergänzt gelassen: „Kein Problem, wir sind die Besten.“



↑ **Sauber:** Prozessbandlösungen werden auch für Hochgeschwindigkeitsanwendungen in der Hygieneindustrie verwendet.

Vorsprung durch Technik

Den Preiskampf mit den Asiaten zu führen käme ihm nie in den Sinn. Es wäre ohnehin ein Kampf gegen Windmühlen. Die einzige Chance, die GKD - wie so vielen deutschen Hidden Champions - bleibt, ist der Vorsprung durch Technik und Innovationskraft. Die „Unternehmer im eigenen Unternehmen“ fördern die Kufferaths durch eine kluge Personal- und Motivationspolitik. Auch Geld spielt eine Rolle: Rund ein Zehntel jedes Jahresumsatzes von GKD fließt regelmäßig in Forschung und Entwicklung. GKD kann es sich leisten: Der Jahresumsatz betrug zuletzt rund 85 Millionen Euro, die Eigenkapital-

quote lag bei mehr als 50 Prozent. „Viel hilft viel“ gilt auch im haus-eigenen Labor: 14 Mitarbeiter tüfteln dort an neuen Werkstoffen und Produktionsverfahren. Als Ingo Kufferath 1989 in den Vorstand der Familienfirma rückte, waren es erst zwei Labormitarbeiter.

Der Aufwand lohnt sich: Die Straßenadresse in Düren - „Metall-weberstraße“ - müsste längst umbenannt werden. Denn längst ist die 1925 gegründete GKD keine reine Metallweberei mehr. Heute besteht das Unternehmen aus drei Geschäftsbereichen: Industriegewebe („Solid Weave“), Prozessbandgewebe („Weave in Motion“) sowie Architekturgewebe („Creative Weave“). Führende Unternehmen der Automobil-, Luft- und Raumfahrtindustrie, aus Medizintechnik und Umwelt, aus der Chemie-, Pharma-, Nahrungsmittel- und Textilindustrie und aus der Papier- und Holzverarbeitung sind Kunden des global agierenden Mittelständlers. Die Feinstfiltergewebe von GKD, bei denen Drähte von nur einer Viertel Haaresstärke verwebt werden, finden sich in elektronischen Autofahrhilfen wie ESP oder ABS, aber auch in Tintenstrahldruckern. Mithilfe der Prozessbandgewebe aus Düren und Co. werden Fruchtsäfte hergestellt oder wird Klärschlamm entwässert. Besonders dynamisch und auch öffentlichkeitswirksam wächst der Bereich Architekturgewebe: Hier arbeitet GKD eng mit dem französischen Architekten Dominique Perrault zusammen. Hightechgewebe von GKD sind etwa in der Bibliothèque Nationale de France in Paris verbaut worden, in Kinos, Büro- und Regierungsgebäuden, in Parkhäusern wie am Köln-Bonner Flughafen, in Sportstadien wie den Rad- und Schwimmsport-hallen in Berlin oder dem Estadio Santiago Bernabéu, der Heimstätte von Real Madrid. Jüngster Coup: GKD lieferte goldene Aluminiumgewebe für die Neugestaltung von Decken und Wänden des Haupteingangs von Schloss Versailles. Frankreichs scheidender Staatspräsident François Hollande war bei der Einweihung schwer angetan: „Das ist wohl das künstlerischste aller Industrieprodukte, oder sollte ich sagen, das industriellste aller Kunstwerke?“

Auf dem Weg zur rundum digitalen Fabrik

Niemals stillstehen, sich niemals zufrieden zurücklehnen, neue Anwendungen, neue Märkte, neue Kunden erschließen - das ist das Erfolgsgeheimnis der Kufferaths, die so prototypisch für den deutschen Mittelstand sind. Moderne Buzzwords wie „Open Innovation“ leben sie in Düren seit Langem vor. Ingo Kufferath setzt auf die Kooperation mit Kunden, knüpft aber auch ständig neue Netzwerke zu wissenschaftlichen Einrichtungen. Gerade in der Region Aachen mit der RWTH als führender technischer Hochschule in Deutschland hat sich GKD ein eigenes Expertennetzwerk geknüpft. Seit 2015 ist Ingo Kufferath im Senat der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke“ e. V. (AiF), der führenden nationalen Organisation zur Förderung von FuE in mittelständischen Unternehmen, auch die Stimme des Mittelstands.

Das nächste große interne Projekt der Kufferaths ist die erfolgreiche Fortführung der bereits gestarteten digitalen Transformation. „Software ist ein essenzieller Bestandteil unserer Produktion geworden“, sagt Diplom-Ingenieur Kufferath. Bis 2018 soll der Aufbau einer digitalen zentralen Wissensdatenbank abgeschlossen sein. „Die smarten Produktionsprozesse erschließen eine noch höhere Ferti-

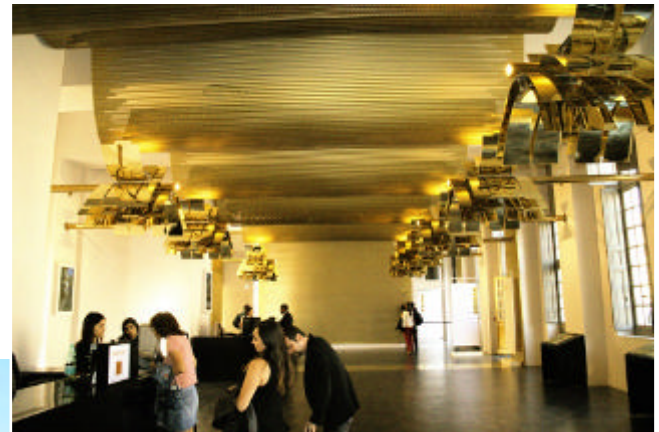
Fotos: Gebr. Kufferath AG

gungsflexibilität und -geschwindigkeit. Außerdem können wir so mittelfristig den Austausch zwischen GKD und den Anwendern automatisieren, etwa für die Wartung oder den Austausch von verschlissenen Komponenten“, erklärt Ingo Kufferath. In fünf Jahren erwartet er die „voll digitalisierte Fabrik“. Dabei leuchten seine Augen. Er, der das Metallweben einst noch per Hand lernte, ist von den Möglichkeiten der modernen IT begeistert. Davon wird die nächste Generation der Familienentscheider maßgeblich geprägt sein, denn sie wächst schon heran. ●

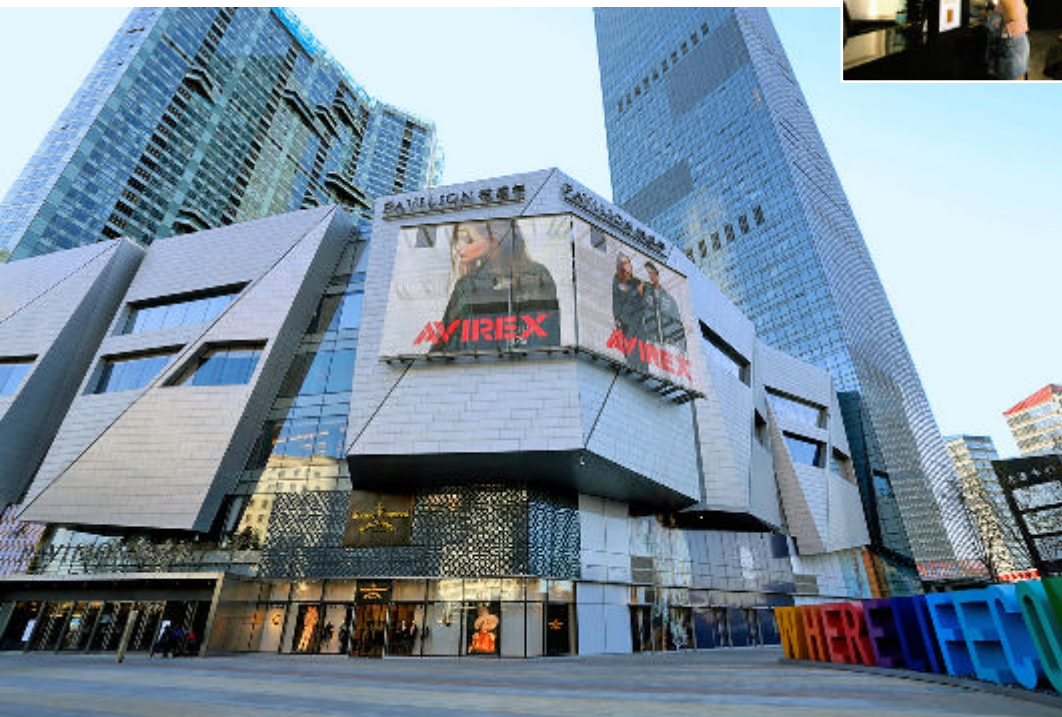
„Entscheider sind eine bedrohte Tierart in Deutschland! Überall trifft man heute nur noch auf Bedenkenträger!“



↑ **Futuristisch:** Der eigenwillige Baukörper des blauen Wals im Centro Cultural Kirchner in Buenos Aires wird von GKD-Metallgewebe komplett umhüllt.



↑ **Edel:** Architekt Dominique Perrault knüpfte durch eine skulpturale Deckengestaltung aus goldenem Metallgewebe an die tradierte Opulenz des Märchenschlosses Versailles an. Das Material lieferte der Partner aus Düren.



← **Hingucker:** Großformatige, transparente Metall-Screens von GKD setzen an den beiden Haupteingängen des chinesischen Wolkenkratzers Eton Place Dalian aufmerksamkeitsstarke Akzente.



Eine winzige Minder-
heit: Fünf liberale
Gemeinde- und Stadt-
oberhäupter gibt es in
Bayern - eine von
ihnen: Josefa Schmid.

DIE GALLIER AUS BAYERN

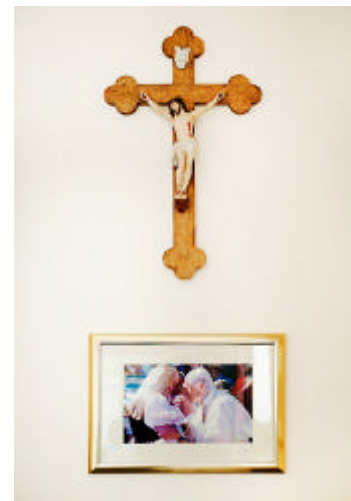
TEXT: CHRISTINE MATTAUCH • FOTOS: SIMON KOY

In den CSU-Hochburgen Bayerns ist es für Liberale besonders schwer, sich in der Kommunalpolitik durchzusetzen. Aber es kann trotzdem gelingen. Das beweisen fünf FDP-Politiker, die sich in Kommunalwahlen als Stadt- und Gemeindeoberhäupter beeindruckend durchgesetzt haben. Wie haben sie das geschafft – und was lässt sich daraus für andere Bundesländer lernen? Eine Spurensuche im Süden.

Dreizehn Herren im besten Alter. Alle von der CSU – genau so stellt man sie sich vor, die Bürgermeister im Bayerischen Wald. Die Ahnengalerie hängt im ersten Stock des Kollnburger Rathauses, sieben Fotos oben, sechs Fotos unten, ein Platz ist frei – reserviert für die derzeitige Amtsinhaberin. Die residiert in Zimmer 10, gleich nebenan.

An der Wand ein Kruzifix und ein persönliches Foto von Papst Benedikt. Eine Kuh in Schwarz-Rot-Gold wirbt für „faire Milch“. Auf dem Schreibtisch, zwischen Aktenbergen, eine zartrosa Orchidee; dahinter eine blonde junge Frau im Business-Kostüm. Blauer Blazer, blauer Rock, weinrote Stiefel: Josefa Schmid.

Seit 2008 ist die 43-Jährige Erste Bürgermeisterin in der 3.000-Einwohner-Gemeinde unterhalb des Pröllers, eines beliebten Skibergs. Und damit eine Rarität. Nicht nur, weil sie als Frau eine Gemeinde im hintersten Niederbayern regiert. Sondern weil sie der FDP angehört. →



Fünf liberale Gemeinde- und Stadtoberhäupter gibt es in Bayern - eine winzige Minderheit. In über der Hälfte der rund 2.000 Gemeinden im Freistaat stellen die Christsozialen den Bürgermeister, in 70 Prozent der Landkreise den Landrat. In vielen Großstädten wiederum dominiert die SPD. Und dann gibt es ja noch die in Süddeutschland traditionell starken Freien Wählergemeinschaften.

Als Liberaler den Sprung an die Spitze einer Stadt zu schaffen ist ungewöhnlich. Aber nicht unmöglich. Im Oktober vergangenen Jahres gewann FDP-Mann Alexander Putz spektakulär die Oberbürgermeisterwahl in Landshut, der Hauptstadt Niederbay-

Ideenwettbewerb per Lokalzeitung

Ortstermin im Schulhaus von Kirchaitnach. Ein hübsches Gebäude mit Spitzdach und Sprossenfenstern. Als Schmid ihr Amt antrat, stand es leer. „Ich hab' es in der Zeitung präsentiert und gefragt: Wer hat Ideen?“ Oben sitzen jetzt eine Musikschule und die Forstwirtschaftliche Vereinigung Niederbayern, das Erdgeschoss nutzt die Kita Löwenzahn. Auf die ist Schmid besonders stolz, denn eines ihrer Ziele ist, die Gemeinde attraktiver für junge Familien zu machen.



erns: 63 Prozent in der Stichwahl, und das, nachdem 46 Jahre lang ein Christsozialer die Stadt regiert hatte. Josefa Schmid wurde 2014 sogar gleich im ersten Wahlgang wiedergewählt. Es geht also. Aber wie?

Schmid hat auf diese Frage eine einfache Antwort. „Ich bin eine von hier, und man hat mir die Kompetenz zugetraut.“ Viele Bürger kannten den blonden Wirbelwind, der auf einem Bauernhof aufgewachsen ist, schon als Kind. Auch wegen der Musik - Frau Bürgermeister singt und spielt insgesamt acht Instrumente - ein Multitalent, auch beruflich. Schmid hat Jura studiert, Politikologie und Verwaltungswissenschaft. Sie arbeitet heute hauptberuflich als Bundesbeamtin im höheren Dienst im Flüchtlingsmanagement.

Der toskanagelbe Raum ist bunt geschmückt: Fasching. Schmid setzt sich auf ein knallrotes Spielsofa. „Alles in Ordnung, geht's euch gut?“, fragt sie die Erzieherinnen Manuela Sadriu und Marina Robl. 16 Plätze haben sie geschaffen, eine private Initiative, das ist es, was Schmid fördern will: „Ich sage den Leuten immer, ihr müsst's euch einbringen.“

Begonnen hat Schmid's politische Karriere bei der CSU. „Die Bevölkerung hier ist konservativ und katholisch. Es war normal, in die Junge Union einzutreten.“ Nicht vorgesehen war, dass Schmid Ambitionen entwickelte. Sie forderte die Altherrenriege heraus und trat 2008 gegen die eigenen Leute bei der Bürgermeister-Wahl an. Sie wurde mit 55 Prozent der Stimmen gewählt.

Seitdem hat sie der Flächengemeinde mit ihren 102 Ortsteilen ein Modernisierungsprogramm verpasst. Den Breitbandausbau hat sie 2009 vorangetrieben - für eine der ersten bayerischen Landkommunen überhaupt. Der Frauenanteil im Gemeinderat ist von null auf 20 Prozent gestiegen - dank Schmid's neuer Liste „Frauen für Kollnburg“. Zu ihrer Leistungsbilanz gehören ein 21 Hektar großes interkommunales Gewerbegebiet, eine Kinderkrippe für die Kleinsten und ein Bürgerkreis, der in Eigenregie Ideen für eine neue Kulturhalle entwickelt. 2011 wurde sie mit dem Helene-Weber-Preis des Bundesfamilienministeriums für herausragende Kommunalpolitik ausgezeichnet. Schmid über Schmid: „Ich bin innovativ und offen.“ 2012 trat sie in die FDP ein, „und ich werde sie nie wieder verlassen“.

Was ist liberale Kommunalpolitik? „Voraussetzungen schaffen, damit sich jeder entfalten kann“, sagt Peter Münster. Der Rechtsanwalt setzte sich im Juli 2016 in Eichenau, einem 12.000-Einwohner-Städtchen westlich von München, überraschend gegen einen CSU-Bewerber durch. Dabei hatte die FDP in Eichenau damals nur fünf Mitglieder. „Die Parteizugehörigkeit war bei meiner Wahl nicht so entscheidend“, glaubt der 51-Jährige. „Ich war der Kandidat, der am meisten mit den Bürgern gesprochen hat.“ Und der die schlüssigsten Konzepte hatte, wie man junge Familien und neue Unternehmen vor Ort ansiedeln kann. Als Bürgermeister orientiert sich Münster klar an liberalen Grundsätzen: „Privat vor Staat, Entlastung der Bürger, größtmögliche Freiheitsgrade, wenn einer etwas unternehmen will.“

Bürger nah ist auch Rainer Erdel, seit Mai 2014 Erster Bürgermeister in der Marktgemeinde Dietenhofen nahe Nürnberg. Wer ihn anruft, wird schon mal begrüßt mit „Hallo, hier ist der Rainer“. Bis 2013 saß der Landwirt im Bundestag, erlebte den Absturz der Liberalen hautnah. Er vergleicht den Effekt mit einem Gebirgsbach: „Irgendwann reißt es einem die Füße weg.“ Sein gutes Standing vor Ort habe er jedoch behalten.

Kinderkrippe, Kultursaal, Arbeitsplätze - alles ist wichtig für Erdel. Bei der Umsetzung ist er pragmatisch: „Ohne Kompromiss bewegt sich nichts in der Kommunalpolitik.“

Nicht verhandelbar sind für ihn Weltoffenheit und Achtung der Menschenrechte, wozu auch ein respektvoller Umgang mit Flüchtlingen gehöre. „All diese Ängste! Nichts davon ist bei uns eingetreten.“

Das gute Miteinander steht im Fokus

Alexander Putz, der frisch gewählte OB von Landshut, hat als eine seiner ersten Amtshandlungen ein Amt für Migration und Integration eingerichtet. Ziel: das Miteinander zwischen Einheimischen und Ausländern verbessern. „Das ist auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft“, sagt Putz. Immerhin haben 12.000 von 70.000 Landshutern einen Migrationshintergrund.

Putz ist ein kommunalpolitischer Seiteneinsteiger, seit 2012 in der FDP. Kaum jemand glaubte, dass er als Bürgermeisterkandidat eine Chance hätte. Der selbstständige Bauingenieur jedoch, mit beachtlichem rhetorischem Talent ausgestattet, siegte in Kleinarbeit. Putz@home hieß die Aktion, bei der ihn jeder nach Hause einladen konnte. „Anfangs saß ich da mit zwei Leuten. Zum Schluss wurden ganze Biergärten reserviert.“

Sein Programm „Landshut kann es besser“ ließ kaum etwas aus. Putz forderte bessere Radwege, eine Marketing-Offensive für den Tourismus, unbürokratischere Baugenehmigungen, mehr Kinderbetreuung. Berührungsängste zu den Konservativen? Ach was. „Die Bayern wissen gar nicht, wie gut das passt, wenn sie liberal wählen“, sagt er in Anspielung auf das Motto *Libertas Bavariae*.

In Kollnburg packt Josefa Schmid derweil die Mappe mit den Flächennutzungsplänen aus. Im Ortsteil Münchshöfen will sie Parzellen ausweisen, Bauland für junge Familien. Das Problem: mittendrin liegt ein Biotop. „Diesen Konflikt zwischen Nutzung und Naturschutz haben wir leider häufig“, sagt sie.

Andere Entscheidungen fallen ihr leichter. Kurz nachdem sie gewählt wurde, meldete sich ein junger Mann: „Ich hab’ gehört, die



Gemeinde braucht Internet.“ Das war Christof Englmeier, 22 Jahre alt, ein hochbegabter Tüftler. Schmid ließ ihn Tests machen und gab ihm seinen ersten Vertrag. „Ich hätte mich ganz schön blamiert, wenn es nicht geklappt hätte.“ Aber es klappte. Kollnburg galt fortan als Vorreiter beim Breitbandausbau, und Schmid gewann einen Verbündeten.

Es scheint, als ziehe die Idee der Freiheit Charaktere an, die ebenso selbstbewusst sind wie unbequem. Miltenbergs Bürgermeister Helmut Demel zum Beispiel ist stolz darauf, dass es in der Wählergemeinschaft „Liberales Miltenberger“, die ihn im Gemeinderat stützt, keinen Fraktionszwang gibt. Die uniforme Machtausübung der CSU, glaubt der 64-Jährige, seien die Bürger leid: „Ich bin nicht trotz, sondern wegen meiner FDP-Mitgliedschaft gewählt worden.“ Was ist anders mit ihm geworden in Miltenberg? „Ich entscheide freier, gucke genauer hin.“ Bei der Erweiterung des städtischen Kindergartens zum Beispiel missfielen ihm die Vorgaben der Landesregierung. Statt sie des Geldes wegen zu akzeptieren, verzichtet Miltenberg auf die Zuschüsse. „Wir machen es so, wie wir wollen“, sagt Demel. „Zu viel Dirigismus ist ungeschickt.“

Im Gespräch denkt Josefa Schmid laut nach über die Stimmung im Wahljahr 2017. „Es geht aufwärts, ich spüre das. Viele Bürger sagen mir, dass die Liberalen dringend in den

Bundestag gehören.“ Abends wird die Bürgermeisterin von Kollnburg Akten lesen und E-Mails beantworten. Sie hat ja noch einen Hauptberuf. Verheiratet ist sie quasi mit ihrer Gemeinde. Mit der fährt sie sogar ins Ausland: nach Dublin, Faro oder Reykjavik. „Eine Gemeinde geht auf Reisen“, heißt die Ausflugsreihe, zu der sich jeder anmelden kann. Genauso wie für die Fahrt zum Bayerischen Landtag. In den würde Schmid 2018 gern als Abgeordnete einziehen. Bürgermeisterin möchte sie trotzdem bleiben. ●



CHRISTINE MATTAUCH ist für die Reportage über Josefa Schmid zum ersten Mal im Bayerischen Wald gewesen. Sie staunte, welche Strecken die Bürgermeisterin zurücklegt: Kollnburg ist eine Flächengemeinde, mit rund 60 Quadratkilometern größer als der Starnberger See.

📧 redaktion@libmag.de

ALLES EINE FRAGE DES ÖRTCHENS



Die Infrastruktur der Kommune ist marode, Termine bei Behörden nach sechs Monaten kein Einzelfall. Doch die Regierung dieser bekannten deutschen Stadt setzt andere Prioritäten. Sie kümmert sich vor allem um die (vermeintlichen) Interessen von Minderheiten. Dabei verliert sie aus dem Blick, was eine kommunale Verwaltung primär leisten muss. Dieses Versagen führt zur Entfremdung der Menschen von der Politik.

TEXT: MARTIN BIESEL

Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung“, spotten Juristen bei passender Gelegenheit. Der Blick in die Koalitionsvereinbarung von regierenden Parteien kann allerdings auch sehr erhellend sein. Auf stolzen 177 Seiten haben zum Beispiel in einer sehr, sehr großen Stadt in Deutschland die Partner einer noch jungen Senatsregierung ihr gemeinsames Programm aufgeschrieben. Das spricht zunächst einmal für großen Ehrgeiz. Doch in diesem speziellen Fall sind die Herausforderungen des Gemeinwesens auch groß. Die Kommune hat den höchsten Anteil an Hartz-IV-Empfängern in der Bevölkerung und die zweithöchste Arbeitslosenquote. Die bestehenden Probleme in der Infrastruktur der wachsenden Stadt kann jeder Bewohner im Verkehr und besonders in der öffentlichen Verwaltung täglich erleben und erleiden.

Doch davon ist recht wenig in dem Text die Rede. Seine Sprache und die Wortschöpfungen darin machen ihn zudem recht schwer verdaulich. Da geht es beispielsweise um den Kampf gegen „Antiziganismus“, die „migrantische Ökonomie“ oder um die „Gründer*innenstadt“. Welche Innenstadt, fragt sich der Leser? Wenn er nicht schon vorher auf Dutzende dieser *innen-Endungen gestoßen ist. „bürger*innenschaftlich“ ist auch so ein Wort, das den Lesefluss stocken lässt. Dieses ganze Vokabular, diese Kunstwörter klingen eher außerirdisch als von dieser (Sprach-)Welt. Der politologische Neusprech ist so bürgerfern, dass der Verdacht naheliegt, die Politik, die er beschreibt, sei auch so.

Kein Wunder, dass die diskriminierungsfreie Unisex-Toilette, die er postuliert, zu einem Medienknaller in der Stadt wurde, von der an dieser Stelle die Rede ist. Die Koalitionsvereinbarung fordert eine „barrierefreie LSBTTIQ*-Infrastruktur“. LSBTTIQ* steht für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle, Queer. Das Zeichen * kommt über 30-mal im Text vor. Offenbar wollen die Autoren des Programms auf diese Weise ausdrücken, dass für sie das diskriminierende binäre Geschlechterdenken der Vergangenheit angehört - nicht nur sprachlich durch *innen-Endungen im Text, sondern kraftvoll im öffentlichen Raum durch die Unisex-Toilette. Auch wenn einige uneinsichtige Kritiker Zweifel angemeldet haben, ob Frauen den Männern, denen sie schon im U-Bahnhof aus dem Weg gehen, erst recht auf der Toilette begegnen wollen.

Der Leser könnte von der Unisex-Toilette noch eher belustigt sein, sie als eine Stillblüte betrachten - wenn denn nicht die besagte Stadt ein massives Problem mit dem Zustand der sanitären Anlagen an den kommunalen Schulen hätte. Im Februar musste die größte Bildungseinrichtung der Stadt mehrere Tage geschlossen bleiben, weil die Toiletten defekt waren. Da wird es dann schwer für den toilettenpolitischen Sprecher der Mehr-Parteien-Koalition den El-

tern von 4.700 Schülern zu erklären, dass in der kommunalen Politik die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

In viel dramatischerer Weise versagte aber der Inhalt der Koalitionsvereinbarung beim Realitätstest nur einen Monat nach Unterzeichnung. Demnach sollten Abschiebungen verhindert werden, die nach Bundesrecht zu vollziehen sind. Nach dem schrecklichen Anschlag auf dem Breitscheidplatz fragte ganz Deutschland, warum der Attentäter nicht schon längst vor der Tat nach Tunesien abgeschoben worden war. Die Koalition distanzierte sich daraufhin schnell vom eigenen Koalitionsbeschluss. Wenn Politik der Realität in so elementarer Weise in puncto innerer Sicherheit nicht standhält, hat das negative Auswirkungen auf das Ansehen von Politik insgesamt: Aus Politikversagen wird Systemkritik.

Politik erfahren die Bürger dieser Stadt vielfach als Managementversagen. Sechs Monate Wartezeit für einen Termin im Bürgeramt - keine Seltenheit. Vor dem Standesamt stellen sich angehenden Hochzeitspaare mitten in der Nacht an, um einen der raren Termine zu bekommen. Natürlich verspricht die Koalition hier Besserung für die Zukunft: Die Bezirksämter sollen künftig innerhalb von zwei Wochen (!) Termine vergeben. An so etwas wie der digitalen Akte wird erst ab 2023 gearbeitet. Inzwischen hat die Regierung so viel Vertrauen verspielt, dass solche Ankündigungen dieselbe Glaubwürdigkeit genießen wie Eröffnungstermine für den Flughafen BER.

Es entsteht der Eindruck, dass sich um die elementaren Themen der öffentlichen Dienstleistung niemand kümmert. Wenn der Staat jedoch seine Kernaufgaben nicht mehr erfüllt, werden Politik und Staat als teure Versager empfunden. Die vielen guten Absichten der besagten Koalition gehen an der Lebenswirklichkeit der Bürger vorbei. In der Koalitionsvereinbarung überwiegt das Politikverständnis, dass die Gesellschaft eine Ansammlung von Minderheiten sei, die es vor Diskriminierung zu schützen gelte. Ohne Frage: Schutz vor Diskriminierung ist richtig und wichtig. Aber wer Gesellschaft lediglich als Summe von Minderheiten versteht, dessen Politik verliert die Mitte der Gesellschaft aus dem Blick. Wohin dies führen kann, lässt sich derzeit eindrucksvoll in den USA beobachten. ●

MARTIN BIESEL, Staatssekretär a. D. hat im Januar 2017 sein eigenes politisches Beratungsunternehmen in Berlin gegründet. Davor war er Bevollmächtigter des Vorstands für Politik und Verkehrsrechte bei Air Berlin, kennt aber die Infrastruktur der deutschen Hauptstadt auch über Flughafenprobleme hinaus durch Staus auf der Straße, bei der Terminvergabe im Bezirksamt und bei der Digitalisierung der Verwaltung.

@ redaktion@libmag.de

EIGENER TAKT

TEXT: DAVID HARNASCH • FOTOS: JOSEPH OKPAKO (GETTY IMAGE)

Mehrtägige Open-Air-Festivals ziehen überall auf der Welt immer mehr junge Menschen an. Zwei Veranstaltungen in Osteuropa beweisen, dass sich politischer Anspruch und das, was bei oberflächlicher Betrachtung wie hedonistischer Eskapismus aussieht, einander nicht ausschließen.



Über 90.000 Besucher täglich, mehr als 10.000 haupt- und ehrenamtlich tätige Helfer:

Das Sziget-Festival, das jeden Sommer auf der Óbudai-Insel in Budapest stattfindet, hat für sich genommen die Größe einer Stadt. Der Vergleich passt nicht nur in geografischer Hinsicht. Die Festivalveranstalter stehen vor denselben Aufgaben wie ein Lokalpolitiker. Sie müssen temporär eine Infrastruktur errichten und die Regeln des Miteinanders festlegen. Zwei Festivals in Osteuropa denken diesen Gedanken einen entscheidenden Schritt weiter: Sziget als auch Kazantip inszenieren sich als eigene Staaten.



Auf der Homepage von Kazantip wird verkündet: „Dieses in sich geschlossene Areal ist nur durch einen Ein- und Ausgang zu betreten respektive zu verlassen.“ Das Areal wird jedoch nicht einfach als Areal bezeichnet, sondern symbolisch als eigenständiges „Land“ beziehungsweise Republik ausgerufen. Dies mit einer eigenen Königin, einem eigenen Außenministerium („Kommunikation mit der unvollkommenen Außenwelt“), mit eigenen Ministern (Minister für das Glück, Minister für Musik, für Tanz, für den Intellekt, für Visuelles und für Illusionen und einige andere Ressorts mehr) und mit eigenen Gesetzen. „Auf Kazantip wird jeder, der einen Multipass erstanden hat, zum virtuellen Bürger mit all seinen Rechten und Pflichten. Bürger, die gegen die Spielregeln (Konstitution) von Kazantip verstoßen, wird der Multipass abgenommen und sie werden in die unvollkommene Welt zurückgesandt. Jene, die wiederholt abgeschoben werden müssen, werden auf Lebzeiten vom Betreten des Partylandes ausgesperrt.“ Die deutsche Abschiebepraxis erscheint im Vergleich dazu eher lasch, das deutsche Betäubungsmittelgesetz hingegen findet auf Kazantip alles andere als eine Anwendung. Kazantip fand ursprünglich auf der Krim statt. Traurige Ironie der Ge-

schichte: Die Krim ist nun tatsächlich faktisch unabhängig von der Ukraine – allerdings russisch besetzt. Das Festival musste deshalb nach Georgien ausweichen.

Einen Pass erhält der Besucher auch beim Sziget-Festival in Budapest. Er wird dadurch zum „Szitizen“. Zusätzlich erhält er – nachdem er sich ausgewiesen hat –, ein Armband mit individuellem Barcode. Der soll den medizinischen Helfern auf dem Areal im Notfall den Namen des Patienten, dessen Muttersprache, sowie Allergien, Unverträglichkeiten und chronische Erkrankungen mitteilen. Neben der Krankenstation, wo ausgebildete Ärzte die leichteren Fälle behandeln, patrouillieren auf dem Gelände 130 ehrenamtliche Teams von je drei „Helpers“-Medizinstudenten, denen das Armband ebenfalls die Arbeit erleichtern soll. Bedenken bezüglich des Datenschutzes wurden bislang von keinem Besucher geäußert.

Das Festival, dessen Budget zu weniger als einem Prozent vom Staat bezuschusst wird, versteht sich nicht als dezidiert politisch,

aber der Sziget-CEO Kádár Tamás erklärt im Gespräch mit *liberal*: „Wir sind nicht politisch, aber haben seit der Gründung vor 25 Jahren Werte, für die wir stehen. Wenn die Politik um uns herum sich ändert, ist das für uns kein Grund, unsere Werte zu ändern. Einer davon ist natürlich Freiheit.“ Auf der „Island of Freedom“ gilt folglich Charles-Louis de Montesquieu: „Wenn es nicht unbedingt notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, ist es unbedingt notwendig, ein Gesetz nicht zu erlassen.“ Das äußert sich zum Beispiel darin, dass die Besucher im Gegensatz zu anderen Festivals campen können, wo sie wollen. Und wer tief genug einatmet, merkt schnell, dass der Sicherheitsdienst auch hier andere Prioritäten hat, als gegen den Konsum weicher Drogen vorzugehen. Erstaunlich sind statistische Fakten: Wo immer sich 100.000 junge Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern auf relativ engem Raum versammeln und ihnen billiges Bier verkauft wird, eskalieren üblicherweise Missverständnisse. Doch Gewalt ist kein relevantes Problem in der friedlichen Atmosphäre eines Festivals, dessen Grundwerte von allen Teilnehmern geteilt werden: Freiheit, Frieden und Respekt. „Sziget ist ein Musikfestival, deckt aber eben auch alle anderen Kunstformen ab. Das zieht eine bestimmte, angenehme Zielgruppe an“, meint Festival-Chef Kádár. Das zeigt sich auch in der Krankenstatistik, die erheblich weniger Krankheitsfälle ausweist als vergleichbar große ungarische Städte, trotz alkoholinduzierter Stürze und Verstauchungen.

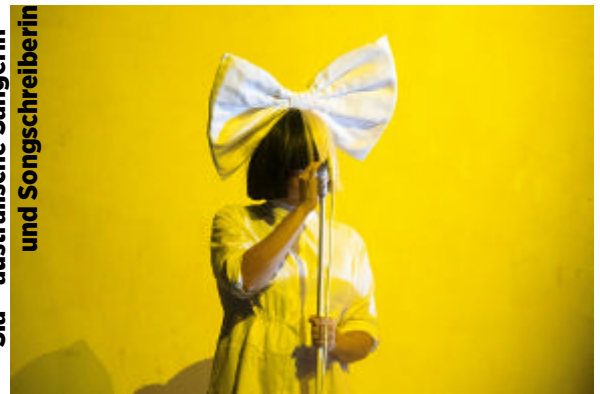
Neben allen Spielarten der Kunst hat auch die gesellschaftliche Diskussion einen festen Platz: Seit 15 Jahren präsentieren sich mehr als 100 Nichtregierungsorganisationen auf dem „NGO-Insel“. Einige sind dezidiert unpolitisch wie die „Yogis“, die den Gästen spirituelle Erleuchtung näherbringen wollen, und die „Skeptiker“, die ein paar Meter weiter erklären, warum die Ideen der Yogis ziemlich vernunftfrei sind. Doch auch Greenpeace und das Europäische Parlament werben hier für ihre Themen. Neben der katholischen Kirche waren zuletzt gleich zwei jüdische Organisationen prominent vertreten: die örtliche Gemeinde, die am Freitagabend mit einem öffentlichen Kid-dusch in den Sabbat geleitete, und zwei orthodoxe Juden der New Yorker „Lubawitscher“-Gemeinde, deren Angebot lautete: „Ask a



Rabbi - for just 10 Forint“ (10 Forint entsprechen 3 Euro-Cent). Kádár: „Auch das hat mit der Geschichte zu tun. Ungarn hatte ja eine große jüdische Bevölkerung vor dem Holocaust und hat glücklicherweise inzwischen immerhin wieder über 100.000 jüdische Gläubige. Die jüdische Gemeinde war von Anfang an beim NGO-Island dabei.“ Dürfte sich eine Jobbik-nahe Jugendorganisation auf dem Festival darstellen? „Es gibt jedes Jahr eine Ausschreibung, auf die sich die NGOs bewerben können und wo sie sich und ihr Programm darstellen müssen. Wenn das nicht mit den Werten des Festivals vereinbar ist, bieten wir dem Bewerber natürlich keine Bühne.“

Dezidiert politisch war das Festival im Sommer 2016, denn zum 60-jährigen Jubiläum des Ungarnaufstands wurde auch seitens der Veranstalter daran erinnert: Ein riesiges Airbrushgemälde zeigte Szenen aus der Revolution, und neben den Flaggen der Länder der teilnehmenden Künstler war auch eine ungarische Flagge mit Loch in der Mitte gehisst. Unten am Mast erklärte ein Poster, dass die Revolutionäre damals Hammer und Sichel aus der Flagge geschnitten hätten. Dieses und andere Exponate zur Revolution wurden in Zusammenarbeit mit dem „Haus des Terrors“ entworfen - einem Museum, dessen Thema die Herrschaft der faschistischen Pfeilkreuzer und der Kommunisten ist.

Sia - australische Sängerin und Songschreiberin



Auch auf Fragen der so oft bemühten sozialen Gerechtigkeit versucht Sziget eine Antwort zu finden. 60 Euro für das Tagesticket sind in Ungarn eine Menge Geld. Laut Weltbank lag das Pro-Kopf-Einkommen des Landes bei 11.670 Euro pro Jahr. Für die Veranstalter gilt es also, einen Spagat zu schaffen. Einerseits wollen sie genügend hochpreisige Tickets an Briten, Deutsche, Schweizer, Österreicher verkaufen, um genügend attraktive und mithin teure Künstler buchen zu können. Andererseits gilt es, die einheimische Jugend nicht leer ausgehen zu lassen. →



Um das zu gewährleisten, wird einerseits allerlei Luxus geboten: Von der VIP-Tribüne über den Bungee-Kran bis zur edlen Weinbar findet der Westeuropäer unzählige Möglichkeiten, Geld für Genuss und Spaß auszugeben. Andererseits ist eine günstige Basisversorgung gewährleistet: Wasser kann man in der Flasche an der Bar kaufen – oder sich nebenan im Plastikbecher gratis beim Roten Kreuz abholen. Will man nicht eine Stunde neben einer der Steckdosen warten, die zur Verfügung stehen, dann zahlt man eben einen Euro, um sein Smartphone im Schließfach zu laden. Und wer sich die 60 Euro für das Ticket nicht leisten kann, kann sich als Volunteer bewerben. Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig – zum Beispiel als Assistent in der „Stadtreinigung“, die von fünf privaten Firmen gestellt wird. Wer sechs Stunden dort arbeitet, bekommt ein Tagesticket. Ein anderer, sehr beliebter Einsatz für Freiwillige ist die Begleitung der Security-Mitarbeiter. Sie helfen, wenn es zum Beispiel Verständigungsprobleme gibt, denn viele der Sicherheitsleute sprechen nur Ungarisch.

Bleibt die Frage nach dem Gemeinnutzen. Ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG hat festgestellt, dass das Festival 2011 mit 50,87 Millionen Euro durch direkte und indirekte Ausgaben zur Wertschöpfung Ungarns beigetragen hat. Und anders als in Berlin, wo die Kommune nach den Loveparades auf eigene Kosten den ramponierten Tiergarten wieder auf Vordermann bringen musste, zahlt das Festival-Management der Stadtgärtnerei in Budapest jedes Jahr 150.000 Euro für die pflegerische Nachbetreuung der Insel. ●

Die Antwoord – südafrikanische Rap-Rave-Band



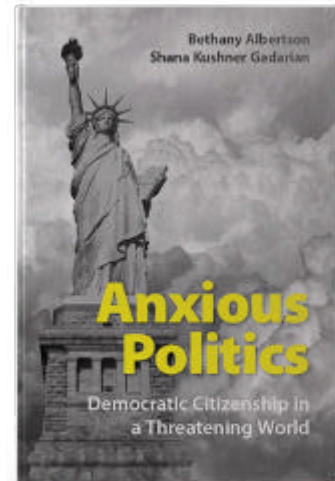
DAVID HARNASCH lebt derzeit als Digitalnomade in Lissabon. Er mag Livekonzerte, seit er mit 16 bei Metallica einen Drumstick fangen konnte, den Lars Ulrich ins Publikum warf. Sein erstes Festival besuchte er mit 28. Seitdem plant er seine Sommerferien stets anhand des Veranstaltungskalenders.

@ redaktion@libmag.de

Nicht bange machen lassen

Wie beeinflussen Sorgen und Ängste das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger und ihre Einstellung zu politischen Themen? Und welche Effekte hat das im günstigen Fall auf Demokratie und Bürgerrechte? Welche Rolle spielen Medien und Politiker in diesem Umfeld? Diese und andere Fragen beleuchten Shana Kushner Gadarian und Bethany Albertson in ihrem Buch „Anxious Politics: Democratic Citizenship in a Threatening World“. Die etwas akademische Lektüre ist eine Verschmelzung von literarischen Interpretationen, strukturierten Experimenten, eingehender Analyse und sachkundiger Meinung. Anhand von vier Politikfeldern (öffentliche Gesundheit, Einwanderung, Terrorismus und Klimawandel) zeigen die Autoren, in welcher Weise Politik und Medien öffentliche Besorgnis nutzen können, um bürgerliches Engagement und Demokratie zu stärken. Wachsende Besorgnis stärkt das zivile Interesse an aktuellen Themen und erhöht die Nachfrage nach Informationen, stärkt das Vertrauen in die politischen Akteure und führt zur Meinungsbildung. Gleichzeitig beweist das Buch aber auch, wie Sorgen ausgenutzt werden können, um Bürgerrechte und Demokratie unter dem Deckmantel fürsorglicher Maßnahmen zu schwächen. Zwar konzentrieren sich die Autoren auf die politische Entwicklung Amerikas im 21. Jahrhundert, aber die identifizierten Verhaltensmerkmale besitzen globale Relevanz. In Zeiten, in denen viele Bürger diffuse Ängste umtreiben, ein absolut lesenswerter Titel.

Foluso Tadé, Stipendiat der Mannkal Foundation
am Liberalen Institut



**Shana Kushner Gadarian,
Bethany Albertson**
„Anxious Politics: Democratic
Citizenship in a Threatening
World“, Cambridge University
Press, 26,00 Euro

BÜCHER

Eine Portion Zuversicht

„Liberalismus kann es ohne einen Hauch von Optimismus nicht geben“ – mit diesen Worten endet die Streitschrift „Noch eine Chance für die Liberalen“ von Karl-Hermann Flach, dem ersten Generalsekretär der FDP und einem der Begründer von *liberal*. Flachs markantes Essay erschien bereits 1971, zwei Jahre vor seinem Tod – und hat bis heute wenig von seiner Tiefgründigkeit, Richtigkeit und – eben auch – Aktualität eingebüßt. Will der Liberalismus Erfolg haben und gegen die derzeit haussierenden Populisten und Protektionisten obsiegen, muss er vor allem eines tun: für eine Politik des Wandels und des Fortschritts stehen, bewegen, überzeugen, Mut machen. Anknüpfend an das ideelle Wirken ihres Namensgebers initiierte die Karl-Hermann-Flach-Stiftung zwischen 2014 und 2016 eine elfteilige Veranstaltungsreihe mit prominenten Referentinnen und Referenten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Publizistik, Politik und Kultur. Darunter befinden sich Hessens Ex-Ministerpräsident Roland Koch und der Historiker Prof. Dr. Andreas Rödder ebenso wie Dr. Wolfgang Gerhardt und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué – der Vorsitzende beziehungsweise stellvertretende Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Beiträge der verschiedenen Referentinnen und Referenten sind nun in dem rund 200 Seiten umfassenden Sammelband „Noch eine Chance für den Liberalismus? Freiheitliche Perspektiven“ erschienen. **Florian Flicke**



**Karl-Hermann-Flach-Stiftung,
Herbert Hirschler (Hg.):**
„Noch eine Chance für den
Liberalismus? Freiheitliche
Perspektiven“, Frankfurter
Allgemeine Buch, 24,90 Euro

DAS EU-BASHING MUSS ENDLICH AUFHÖREN

Jeder Mensch sollte sich in gewissen Abständen um die Glattstellung seiner Bilanz bemühen und sich selbst Auskunft über das Erreichte, seine eigenen Stärken und Schwächen geben – und dann entscheiden, was er tun will. In der Politik sollte das nicht viel anders sein. Ist es aber. Nirgends wird das so deutlich wie an der Kritik an der Europäischen Union. Sie ist zu einer bequemen Ausrede für nationales Politikversagen geworden. Denn bisher ist es den politisch Verantwortlichen in vielen EU-Mitgliedsstaaten gelungen, ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einzureden, dass sie selbst für nahezu gar nichts verantwortlich seien, aber die Europäische Union für nahezu alles. Dass die nationale Arbeitslosenquote, die Jugendarbeitslosigkeit und der Pumpkapitalismus nicht von nationalen Regierungen zu verantworten sind, sondern direkt in Brüssel gemacht werden. Viele Menschen haben sich einer solchen durchsichtigen Argumentation bereitwillig angeschlossen. Das zeigt, dass es dringend notwendig ist, Gegenkräfte zu mobilisieren, die sich diese Märchen nicht mehr anhören wollen.

Dem populistischen Spuk muss dringend ein Ende gesetzt werden. Europa ist das große Zivilisationsmodell, das aus den Katastrophen des letzten Jahrhunderts entstanden ist. Es darf nicht unter die Räder kommen. Es darf seine Werte nicht derart dementieren, wie das in den vergangenen Jahren der Fall war. Das Ressentiment, das Populisten wie Marine Le Pen, Geerd Wilders oder Nigel Farage aus Wählerbewirtschaftungsgründen in ihren Nationen gegen jeweils andere aufmachen, hat zu weit um sich gegriffen. Es zieht auch in Deutschland die Steckenpferd-Reiter aus ihren Ställen, die der Welt kein wirklich überzeugendes Angebot von Politik machen – außer, dass sie damit ihre verschwörerischen Neigungen pflegen.

Albert Einstein hat einmal den Satz geprägt, dass die Welt nicht nur von denen bedroht wird, die das Böse tun, sondern auch von denen, die das Böse zulassen. Auf die Zukunft Europas bezogen könnte man feststellen, dass die europäische Zusammenarbeit nicht nur von denen bedroht wird, die das Dumme tun, sondern auch von denen, die dem Dummen nicht entgegentreten.

Seit Beginn dieses Jahres blicken viele Kommentatoren, Politiker und an Politik interessierte Menschen fasziniert auf die europäischen Wahltermine. Einigen zufolge scheint es bei diesen Urnengängen ganz furchtbar zu werden, bei anderen keimen leise Hoffnungen, dass es mit der Demokratie und dem europäischen Gedanken nicht so schlecht wie befürchtet steht, und anderen wiederum ist alles egal. Diesem Magazin ist es nicht egal. Seine Redaktion weiß, was wir an Europa haben, wie es zu den großen Katastrophen kam, was getan wurde, um sie zu überwinden, und auf was geachtet werden muss, damit sie sich nicht wiederholen. Anscheinend haben das viele vergessen oder noch immer nicht begriffen.

Das Titelblatt dieses Heftes beschreibt Mut als grundsätzliche Bereitschaft, angesichts zu erwartender Nachteile etwas zu tun, was man für richtig hält. Einem reichlich verduzteten Publikum hat der Verfasser dieser Zeilen in diesem Frühjahr in einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in der Deutschen Botschaft in Prag – gleich hinter dem berühmten Balkon aus dem Jahr 1989 – erklärt, dass er entgegen manchen sorgenvollen und ängstlichen Bemerkungen die Auffassung vertrete, dass nicht Geerd Wilders, sondern Mark Rutte die Wahl in den Niederlanden gewinnen werde, und die Wahl in Frankreich nicht von Marine Le Pen gewonnen werde, sondern von Emmanuel Macron, und dass die AfD ihre Höhenflüge bei der Bundestagswahl in Deutschland beenden werde und die FDP wieder in das Parlament komme und dass dann die Welt schon einmal wieder ganz anders aussehen werde.

Von dieser Aussage muss bis heute nichts zurückgenommen werden – im Gegenteil. Die Zeichen stehen auf Besserung. Sie werden aber nur Wirklichkeit, wenn sich mehr und mehr Menschen auch um eine politische Mentalitätsveränderung selbst bemühen, vor allem die, die noch nicht wissen, was sie tun sollen, obwohl sie das

Es kommt auf jede und jeden an. 2017 müssen sich die Menschen als Staatsbürger statt als Staatskunden zeigen.



Brüssel-Bashing der vergangenen Jahre zunehmend leid sind. Sie sollten sich jetzt von ihren Zuschauerbänken erheben und ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger darauf hinweisen, was sie gegebenenfalls zu verlieren drohen, wenn sie weiter tatenlos und argumentationsimmun dem Treiben der Populisten zusehen. Wir leben in einer Komfortzone in Deutschland und haben mehr zu verlieren, als vielen von uns gegenwärtig bewusst ist.

Einige unserer britischen Freunde scheinen das jetzt zu spüren. Niemand kann glauben, sich in der heutigen Zeit alleine durchschlagen zu können – auch wenn er eine große Geschichte hat. Schließlich brauchen selbst große Nationen Freunde, Verbündete und Partner. Bisher glauben das die Autoritären, die Selbstverliebten, die Potentaten aller Art weltweit nicht. Daher waren sie auf dem Vormarsch. In Europa sollte ihnen nun, nachdem alle gehört haben, was sie wollen – und das ist recht wenig und reichlich einfach gestrickt –, allmählich der Abschied bereitet werden. Auf jeden Fall sollte denjenigen, die zu diesem Dunstkreis gehören und die in einer der anstehenden Wahlen in Ämter kommen wollen, die Tür zugemacht werden. In den Vereinigten Staaten hat ein Journalist vor Kurzem bei einer Demonstration ein Schild entdeckt mit der Aufschrift: „Haben wir es mit der Idee, dass jeder Präsident werden kann, nicht ein kleines bisschen übertrieben?“ Es wäre gut, wenn solche durchaus originellen Sprüche nach Wahlen nicht herumgetragen werden, sondern vor Wahlen ins Bewusstsein treten würden. In Europa ist noch Zeit dazu – wenn auch nicht mehr sehr viel.

Theodor Mommsen, der große Historiker, hat seinen deutschen Landsleuten eine große Gleichgültigkeit gegenüber dem Politischen vorgehalten. Diese zu überwinden, Vorurteile kritisch zu überprüfen, aber gleichzeitig auch den Charakter des Politischen, seine notwendigen offenen Debatten, die Gründung von Fraktionen, öffentliche Reden im Parlament, einen gewissen Stilanspruch an Reden und Begegnungen zu pflegen, Kontroversen mit Florett, in manchen Fällen und wenn notwendig auch mit schwerem Säbel auszutragen, aber dabei immer wieder den Respekt voreinander zu wahren und den Kompromiss zu suchen – das zu beherzigen, ver-

stehen derzeit zu wenige. Die, die es nicht tun, dokumentieren dies mit einem Vokabular, das an das Zerstörerische in der Weimarer Republik erinnert.

Politische Bildung erzielt keine Wirkung, wenn sie sich in einem rein sklerotischen Unterricht mit Fragen wie „Wie entsteht ein Gesetz?, Was ist die Aufgabe des Bundesrates?, Wie sehen Länderverfassungen aus?“ erschöpfen – oder in einem noch immer reichlich zerstückelten Geschichtsunterricht. Auch die vielen Fertigkeiten-seminare, die wir in Stiftungen anbieten, sind zweifellos nützlich und notwendig für die tägliche Arbeit. Aber sie allein bringen nicht das Bild zustande, um gegen Gleichgültigkeit, Schulterzucken und Desinteresse wirklich mobil zu machen. Dennoch besteht in diesem Jahr Hoffnung: Wenn es gelingt, die autoritären Angebote in Europa zurückzudrängen, liberale, marktwirtschaftliche, freiheitliche Ideen nach vorne zu wählen, ist eine Trendwende erreicht. Die Charms of Liberty wehen zwar nicht jeden Tag, wie Ralf Dahrendorf schrieb, aber manchmal gibt es Stunden, in denen man sie spürt. Das könnte 2017 wieder einmal der Fall sein.

Wir sollten denen entgegenreten, die dabei sind, alles zu zerschlagen, was Zivilisiertheit, politische Klugheit, geschichtliche Erfahrungen und gesunder Menschenverstand mühselig aufgebaut haben. Dies sind Werte, die es zu bewahren gilt. Es kommt auf jede und jeden an. 2017 müssen sich die Menschen als Staatsbürger statt als Staatskunden zeigen.

DR. WOLFGANG GERHARDT ist
Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
@ redaktion@libmag.de

Der Diesel als Gewissensprobe

TEXT: ANDREAS REBERS • ILLUSTRATION: JINDRICH NOVOTNY

Meine Nachbarin Sabine Hammer, geschiedene Sichel, alleinerziehend, Lehrerin und Vegetarierin, darüber hinaus auch eine überzeugte Radlerin, fragte mich unlängst, wie ich es mit meinem Gewissen vereinbaren kann, einen Diesel zu fahren. Meine Antwort lautete: **Problemlos!!!** Dazu muss man anmerken, dass ich ein sehr entspanntes Verhältnis zu meinem Gewissen habe. Wir verstehen uns gut, weil mein Gewissen sehr vielfältig und bunt ist. Das konnte Frau Hammer allerdings nicht stehen lassen, und ich spürte, wie sie nach einer Möglichkeit suchte, mich zur Strecke zu bringen. Man muss dazu sagen, dass Frau Hammers Grundhaltung lautet: **Nur ein schlechtes Gewissen ist ein gutes Gewissen!** Und da der Diesel zurzeit nicht die besten Referenzen hat, wäre es natürlich eine Chance, mein Gewissen endlich einmal in eine politisch korrekte Position zu bringen.

„Warum fahren Sie überhaupt Auto? Und dann noch so einen großen VW-Bus?“, fragte sie mich auf dem Hof, und ich antwortete ihr, dass ich mein Piano und meine Technik auf Tournee nicht mit einem Mountainbike transportieren kann. Und um sie zu ärgern, habe ich ihr gesagt, dass ich eben die Natur auch nicht gut finde. Die Natur hat uns Tausende von Jahren vor sich her getrieben und jetzt haben wir mit dem Diesel die Chance, uns zu rächen. Und wenn ich jetzt gewusst hätte, wie viel Schadstoffe mein Diesel wirklich raushaut – hätte ich doch gar nicht so viel fahren müssen!!

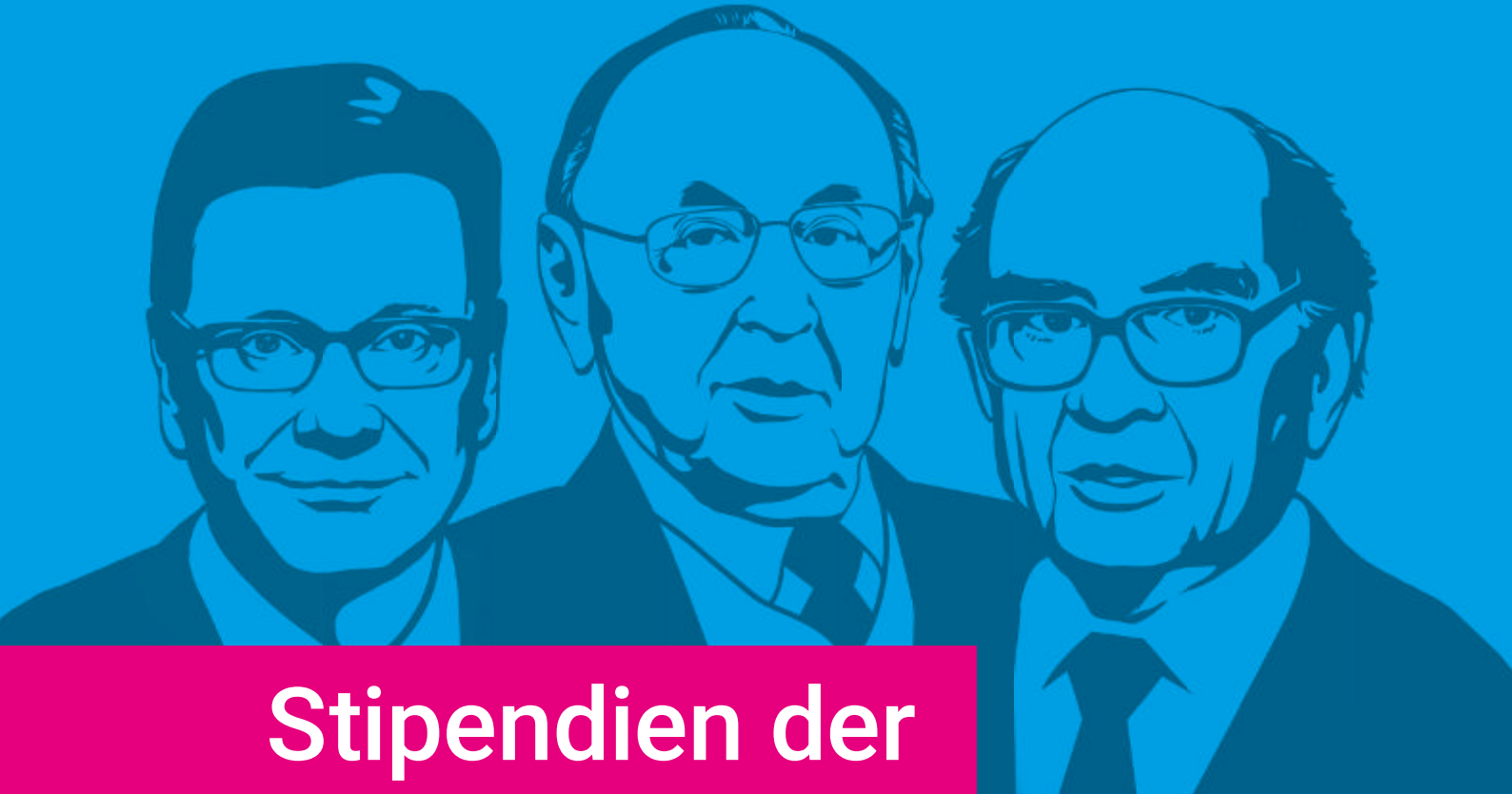
Dann setzte sie sich, passend zu ihrer Funktionskleidung, ihren Fahrradhelm auf und rauschte davon. Am Abend habe ich erfahren, dass sie einen Unfall hatte.

Sie wurde von einem Elektroauto angefahren. Sie hatte es nicht gehört.



ANDREAS REBERS zählt zur Topliga des deutschen Kabarets und ist unter anderem häufig Gast bei „Nuhr im Ersten – Der Satiregipfel“. Geboren 1958, wuchs Andreas Rebers im niedersächsischen Weserbergland auf, wo er mit der Kapelle „Los Promillos“ auf Schützenfesten für Stimmung sorgte. In den Achtzigerjahren studierte er Akkordeon und wurde 1989 Musikalischer Leiter des Schauspiels am Staatstheater Braunschweig. Rebers ist Autor von Chansons, Liedern und Kabarettprogrammen sowie Komponist von Bühnen- und Schauspielmusiken und Buchautor. Mit seinem aktuellen Programm „AMEN“ tourt der Wahlmünchener seit Jahresbeginn 2017 durch Deutschland. Alle Daten finden Sie online unter: www.andreasrebers.de





Stipendien der Freiheit

Wir suchen kreative Forschungsansätze, die Innovationen in Recht, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik thematisieren. Wir fördern Promotionen mit einem klaren Bezug zur Person oder zu dem politischen Lebenswerk des Namensgebers.

Bewerben Sie sich für ein Westerwelle-, Genscher- oder Lambsdorff-Promotionsstipendium:

Bewerbungstermine:

1. April – 30. Juni und

1. Oktober – 30. November 2017

Es werden bis zu sechs Stipendien pro Verfahren vergeben.

sonderstipendium.freiheit.org



Legale Spielhallen

halten sich an die Regeln.

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst, darum halten wir uns an strenge Grundsätze, wie:

1. **Legal nicht egal:** In legalen Spielhallen gelten strenge Regeln zum Schutz der Spieler.
2. **Nur ab 18:** In legalen Spielhallen dürfen nur Erwachsene spielen.
3. **Kein Bier hier:** In legalen Spielhallen ist Alkohol verboten.
4. **Brief und Siegel:** Unsere Spielhallen werden regelmäßig vom TÜV Rheinland und InterCert Saar geprüft.

Weitere Informationen zum verantwortlichen Automatenspiel auf automatenwirtschaft.de

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT



**KEIN SPIEL
OHNE REGELN**